

FAMILYPLATFORM 2010

Die acht „Existential Fields“ der komparativen Familienforschung in Europa im Überblick



Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.

Courbièrestraße 12

10787 Berlin

Fon: 030/21962-513

Fax: 030/21962-638

info@ag-familie.de

www.ag-familie.de

Layout

manuka public relations

Titelfotos (von oben links nach unten rechts):

Miroslav – fotolia.com

Simone van den Berg – fotolia.com

Jeanette Dietl – fotolia.com

danielschoenen – fotolia.com

silvi.bechle – photocase.com

otisthewolf – fotolia.com

somenski – fotolia.com

Uwe Annas – fotolia.com



FAMILYPLATFORM 2010

Die acht „Existential Fields“ der komparativen Familienforschung in Europa im Überblick

FAMILYPLATFORM 2010

Die acht „Existential Fields“ der komparativen Familienforschung in Europa im Überblick
 Eine Zusammenfassung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.
 Zusammenstellung : Vera Urban

Informationen zur FAMILYPLATFORM

FAMILYPLATFORM (SSH-2009-3.2.2 Social platform on research for families and family policies):
 funded by the European Union's 7th Framework Programme for 18 months (October 2009 – March 2011).
 Koordination des Gesamtprojekts: Technische Universität Dortmund

Autorinnen und Autoren der Einzelberichte

Existential Field 1: Family Structures & Family Forms

Loreen Beier, Dr. Dirk Hofäcker, Elisa Marchese, Dr. Marina Rupp
 (State Institute for Family Research at the University of Bamberg)

Existential Field 2: Family Developmental Processes

Carmen Leccardi & Miriam Perego
 (University of Milan Bicocca)

Existential Field 3: Major Trends of State Family Policies in Europe

Sonja Blum & Christiane Rille Pfeiffer
 (Austrian Institute for Family Studies, University of Vienna)

Existential Field 4a: Family and Living Environment

Epp Reiska, Ellu Saar & Karl Viilmann
 (Institute of International and Social Studies, Tallinn University)

Existential Field 4b: Local Politics – Programmes and Best Practice Models

Francesco Belletti & Lorenza Rebuzzini
 (Forum delle Associazioni Familiari)

Existential Field 5: Patterns and Trends of Family Management in the European Union

Zsuzsa Blaskó & Veronika Herche
 (Demographic Research Institute, Budapest)

Existential Field 6: Social Care and Social Services

Marjo Kuronen, Kimmo Jokinen & Teppo Kröger
 (Family Research Centre & Department of Social Sciences and Philosophy/Social Work, University of Jyväskylä)

Existential Field 6 (Extra Report): The Professional Standards of Care Workers – The Development of Standards for Social Work and Social Care Services for Families

Aila Leena Matthies
 (Kokkola University Consortium, Finland)

Existential Field 7: Social Inequality and Diversity of Families

Karin Wall, Mafalda Leitão & Vasco Ramos
 (Institute of Social Sciences, University of Lisbon)

Existential Field 8: Media, Communication and Information Technologies in the European Family

Sonia Livingstone & Ranjana Das with contributions from Myria Georgiou, Leslie Haddon, Ellen Helsper & Yinhan Wang
 (Department of Media and Communications, London School of Economics and Political Science)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7	Schlüsselfaktoren für die Geschlechtertrennung der Haushaltsarbeit und der Arbeit der Kinderbetreuung	34
Foresight Report: Facts and Preconditions of Wellbeing of Families	8	Existential Field 6a: Soziale Fürsorge und soziale Dienstleistungen	36
Existential Field 1: Familienstrukturen und Familienformen - Ein Überblick über die Haupttrends und -entwicklungen	11	Kernthemen der aktuellen vergleichenden „Soziale Fürsorge“-Forschung	36
Fertilität und demographische Entwicklung	11	Haupttrends der sozialen Fürsorge und sozialer Dienstleistungen	39
Entwicklung und Veränderung von Familientypen	12	Existential Field 6b (Extrabericht): Soziale Fürsorge und Soziale Dienstleistungen - Die Entwicklung von Standards für Sozialarbeit, Sozialer Fürsorge und Dienstleistungen für Familien	40
Existential Field 2: Der Familienentwicklungsprozess	14	Soziale Arbeit mit Familien	40
Längeres Verweilen der jungen Menschen in der Herkunftsfamilie	14	Personal für Kindertagesbetreuung	40
Neue Entwürfe von Elternschaft bei jungen Menschen	14	Soziale Fürsorgemitarbeiter für Familiendienstleistungen: Familienhelfer und Sozialbetreuer	41
Eheliche Instabilität	15	Tendenzen der aktuellen Entwicklung	41
Neue Rolle der Großeltern	15	Existential Field 7: Soziale Ungleichheit und die Diversität von Familien	43
Existential Field 3: Haupttrends der staatlichen Familienpolitiken in Europa	16	Soziale Ungleichheit in Gesellschaften Europas	43
Familienpolitische Systeme	16	Politiken, Familien und Integration: Bestandsaufnahme der Migrationsforschung in Europa	43
Wichtigste Trends der Familienpolitik	16	Familien und Armut	44
Spezielle Trends in der EU-27	18	Familien und familiäre Gewalt in Europa	45
Forschung:	19	Soziale Ungleichheit und Familien	45
Exkurs: Geld- und Steuerleistungen:	19	Existential Field 8: Medien, Kommunikation und Informationstechnologien in der Europäischen Familie	48
Existential Field 4a: Familie und Lebensumfeld	22	Schlüsseltrends	48
Ökonomische Situation	22	Schlüsselergebnisse in Bezug auf die sich verändernde Position von Medien im europäischen Heim	48
Beschäftigung	23	Schlüsselergebnisse in Bezug auf digitale und interaktive Medientechnologien	49
Bildung	24	Schlüsselergebnisse in Bezug auf Elternschaft, Medien, Alltagsleben, Sozialisation	50
Physische Komponenten der Umwelt / des Lebensraums	25	Schlüsselergebnisse in Bezug auf Medien und breitere Gesellschaft	50
Existential Field 4b: Lokalpolitik – Programme und “Best Practice Modelle”	27	Einige abschließende Überlegungen	52
Existential Field 5: Muster und Trends des Familienmanagements in der Europäischen Union	29		
Bezahlte Arbeit	29		
Schlüsselfaktoren für die Geschlechtertrennung der bezahlten Arbeit:	30		
Unbezahlte Arbeit	32		

Einleitung

Ziele der FAMILYPLATFORM sind es, einen Überblick über die aktuelle Forschung zu erhalten, zukünftige Forschungsnotwendigkeiten sowie kommende Trends der Familienpolitiken in Europa zu identifizieren. Dazu wurden Berichte zu acht unterschiedlichen „Existential Fields“ erstellt, die in einem Dialog zwischen Stakeholdern, Wissenschaft und Policy Makern erörtert wurden. Neben den Diskussionen auf zwei Veranstaltungen in Lissabon und Brüssel gab es für die Teilnehmer/innen auf einer Internetplattform die Möglichkeit, die Berichte zu kommentieren.

Dieses Papier fasst die Berichte zu den acht „Existential Fields“ der komparativen Familienforschung zusammen. Der Focus der Zusammenstellung liegt auf den Ergebnissen für Deutschland.

Die Einzelberichte bieten einen Überblick über den jeweiligen thematischen Forschungsstand zum jeweiligen Berichtsthema. Sie wurden von Wissenschaftler/innen verschiedener Universitäten in der Europäischen Union erstellt. Dabei beziehen sie sich hauptsächlich auf soziologisches Material. Eingeschränkt sind die Berichte durch Wahl ihres jeweiligen Fokus sowie durch die jeweils genutzten Sprachkenntnisse, die generell eine Dominanz des englischsprachigen Forschungsraums befördern. In den einzelnen Abschnitten der Zusammenfassungen sind die Wertungen der jeweiligen Autor/innen zu erkennen.

Auch die Art der für die Forschungsstände genutzten Studien ist sehr unterschiedlich. Vor allem Datenerhebungen zu den EU-Staaten - oftmals mit unterschiedlicher Anzahl der Staaten - werden berücksichtigt. Zum Teil handelt es sich um Studien, die auch Nicht-EU-Staaten berücksichtigen und EU-Staaten wiederum nur in einer stark beschränkten Auswahl einbeziehen. Einbezogen werden aber auch Analysen, die sich generell nur auf sehr wenige (EU-) Staaten beziehen und diese dafür sehr intensiv miteinander vergleichen. Folglich sind die Datengrundlagen und die Vergleich-

barkeit von Analysen in den jeweiligen Existential Fields recht unterschiedlich.

Nach Abschluss der vorliegenden Zusammenfassung veröffentlichte die FAMILYPLATFORM einen Abschlussbericht, den „*Foresight Report: Facets and Preconditions of Wellbeing of Families*“. In ihm wird zusätzlichen zu den erkannten Haupttrends dem herausgearbeiteten politischen Handlungsbedarf besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Eine Zusammenfassung dieses „vorausschauenden Berichts“ ist in dieser AGF-Zusammenstellung der ausführlicheren Betrachtung der acht „Existential Fields“ vorangestellt.

Die AGF-Zusammenstellung kann weder alle interessanten Thesen, noch alle Daten auflisten. Ebenso wurde weitestgehend darauf verzichtet, die Originalquellen der Berichtsautoren zu nennen. Die dargestellten Meinungen und Erkenntnisse beruhen allein auf den Autor/innen der Originalberichte, die AGF hat bei der Zusammenstellung bewusst auf die Darstellung einer eigenen Meinung verzichtet.

Beim Wunsch nach vertieften Informationen sollte daher unbedingt auf die sehr informativen Originalberichte und deren Anregungen, Quellen und Statistiken zurückgegriffen werden. Die Originalberichte befinden sich in englischer Sprache auf der Internetpräsenz der FAMILYPLATFORM: <http://www.familyplatform.eu> sowie der Projektseite der Technischen Universität Dortmund unter: <http://hdl.handle.net/2003/27684>.

Foresight Report: Facts and Preconditions of Wellbeing of Families

Die FAMILYPLATFORM untersuchte die gesellschaftliche Faktoren und Entwicklungen sowie die politischen Herausforderungen, Strategien und Maßnahmen in Europa, die einen Einfluss auf das Leben und die Situation von Familien haben. Daraus leiteten die beteiligten Wissenschaftler die Hauptdimensionen ab, die das Wohlergehen von Familien bestimmen, und formulierten im Anschluss konkrete Forderungen an die politischen Entscheidungsträger, die Politik für Familien zu verbessern.

Anm. AGF: Zusätzlich zu den Existential Fields entwickelte FAMILYPLATFORM vier verschiedene Zukunftsszenarien, wie das Leben von Familien im Jahre 2035 aussehen könnte. Sie wurden nicht in diese Zusammenstellung der AGF aufgenommen. Mehr zu den Szenarien auf der Internetpräsenz der FAMILYPLATFORM: www.familyplatform.eu

Wichtigste Entwicklungen zur Situation von Familien

- Alternde Bevölkerungen in ganz Europa
- Sinkende Heiratsraten, steigende Scheidungsraten und eine steigende Anzahl von Wieder-Heiratenden
- Steigende Anzahl von außerehelichen Geburten
- Wachsende Vielfalt an Lebensmodellen/neuen Formen des Familienzusammenlebens
- Längerer Verbleib von jungen Menschen in ihrer Ursprungsfamilie
- Veränderte Rolle der Großeltern
- Bedeutungszuwachs und Ausweitung des Politikfelds Familie
- De-Familialisierung als deutlicherer Trend in den nationalen Familienpolitiken als Re-Familialisierung
- Reform der Kinderbetreuung als wichtigstes familienpolitisches Anliegen

- Polarisierung zwischen Familien mit sehr niedrigem und sehr hohem Einkommen
- Unterschiedliche Bildungsniveaus in städtischen und ländlichen Regionen
- Diskrepanz zwischen sich verändernden Lebensverläufen und den Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt
- Wachsende Verantwortungsbereiche der lokalen Verwaltungen
- Zusammenarbeit verschiedener lokaler Akteure, die die Wirklichkeit für Familien gestalten
- geschlechtsabhängige Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit
- Pflegearbeit wird sozialisiert
- extreme Verwundbarkeit von Migrantenfamilien und ihren Kindern, besonders von nicht-EU-Migranten im Vergleich zu anderen Familien und EU-Migrantenfamilien
- höheres Armutsrisiko für einige gesellschaftliche Gruppen und Haushaltsformen (Arbeitslose, nicht-EU-Migranten, Einelternfamilien etc.)
- verstärkte Abhängigkeit von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Alltag (betrifft auch soziale Dienstleistungen)

Hauptdimensionen des Wohlergehens von Familien:

Sicherheit für die einzelnen Familienmitglieder und die Familie als Ganzes

- allgemein und materiell, in Bezug auf soziale sowie wirtschaftliche Unterstützungsleistungen
- emotionale (immaterielle) Sicherheit (z.B. Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung)

- Vertrauen auf die Zukunft

Individuelle Selbstverwirklichung

- Querschnittsbereich aus work-life-balance, Partnerschaft, gesellschaftlichem Engagement etc., der stark mit der Wahlfreiheit der Lebensgestaltung und Familienform zusammenhängt
- Selbstverwirklichung/-entfaltung hängt nicht nur von den persönlichen Voraussetzungen ab, sondern auch von der Unterstützung der Familie und der Gesellschaft.

Gesundheit

- Beschaffenheit des Gesundheitsfürsorgesystems
- Zugang zu Gesundheitsleistungen
- Umweltbedingungen
- Informations- und Kommunikationstechnologien

Gesellschaftliche Teilhabe (Bürgerschaft/ Partizipation)

- bezieht sich nicht nur auf aktives Engagement, sondern auch darauf, wie integriert (oder ausgegrenzt) jemand ist

Liebe, Respekt und Toleranz

- Menschliche Grundbedürfnisse als zentraler Bestandteil des Wohlbefindens von Familien und ihren Mitgliedern
- Einfluss auf die seelische und körperliche Gesundheit (Krisen- Problemprävention)
- Gefährdung der Familie, wenn die unter 5. Genannten Werte fehlen
- Stärkere Betonung von intergenerationaler Dimension

Ausgeglichenheit

- auf individueller Ebene: wie kann man mit Zwiespälten umgehen etc.

- gesellschaftliche Ebene: Work-Life-Balance, Möglichkeiten, die die Gesellschaft bietet

Zeit

- genügend Zeit für Familie, Partnerschaft, Verwandtschaft, sich selbst

Gleichheit

- Chancengleichheit auf allen Ebenen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, sozialem Status, religiöser oder ethischer Überzeugungen, kulturellem Erbe und Traditionen

Unterstützung für Familie

- sowohl innerhalb als auch von außerhalb der Familie, sei es von staatlicher oder nicht-staatlicher Seite
- family mainstreaming

Lebens- und Umweltbedingungen

- Bildungschancen, Wohnraum- und Stadtentwicklung, Solidarität zwischen den Generationen, Rolle der Medien und Informations- und Kommunikationstechnologien, die wirtschaftliche Situation etc. müssen als zentrales Fundament verstanden werden, auf dem alle bereits erwähnten Bedingungen des Wohlergehens aufbauen.

Ergebnis: Die Hauptforderungen

Intergenerationelle und gesellschaftliche Solidarität stärken!

- Familie sollte als intergenerational Einheit verstanden werden. Netzwerke erweiterter Familiensozialität sollten unterstützt werden.
- Wohnraum- und Stadtentwicklung, die
 - analysiert, wie Familien leben, arbeiten, zur Schule gehen etc.
 - Wohnen und Nachbarschaft plant
 - öffentliche Räume (z.B. Spielplätze) schafft
 - öffentlichen und privaten Verkehr gewährleistet

- Nachbarschaftsnetzwerke fördert
- erreichbare Betreuungseinrichtungen vorhält
- etc.
- Vereinigungen und Organisationen zu fördern, die Familien helfen und fördern

Zeit für Familien schaffen!

- die „rush hours“ in den Lebensverläufen müssen entschleunigt werden
- „institutionelle“ Zeit (Schule, Arbeit etc.) und Familienzeit muss besser zu vereinbaren sein

Unbezahlte Arbeit, Betreuung und Pflege muss besser ausgestaltet werden!

- unbezahlte Arbeit muss mehr Anerkennung erfahren
- staatliches, elterliches und gesellschaftliches Engagement muss besser ausbalanciert werden
- Die Auswirkungen der Gleichstellungspolitik in Hinblick auf Effektivität und unbeabsichtigte Folgen müssen überprüft werden.
- Qualität der öffentlichen Pflege- und Betreuungseinrichtungen muss gewährleistet sein.

Kinderperspektive stärker berücksichtigen!

- Kindeswohl und -interessen stärker berücksichtigen, anstatt nur auf dessen formale Rechte zu schauen
- hierzu braucht es vermehrter kinderpsychologischer Forschung, besonders in Hinblick auf die Bandbreite der Familienformen und Betreuungsarrangements
- sowohl das Kindeswohl als auch das Elternwohl muss bei der Ausgestaltung familienpolitischer Maßnahmen berücksichtigt werden.

Zeiten des familiären Wandels in die Politik miteinbeziehen!

- Politik darf nicht ein bestimmtes Familienmodell bevorzugen und stärker fördern als andere
- Förderung von Mediations- und Beratungszentren für Familien(-mitglieder) in Übergangsphasen
- Evaluationsprogramme implementieren, die die spezifischen Bedürfnisse von Familien, Arbeitgebern und wirtschaftlichen Akteuren untersuchen; sich wandelnde Lebensverläufe erfordern eher anpassungsfähige als lebenslang ausgerichtete Beschäftigungspolitiken

family mainstreaming anwenden!

- bei jeder politischen Maßnahmen sollte überprüft werden, inwiefern sich Auswirkungen auf die Familien (und ihre Mitglieder) ergeben
- dabei alle Familienformen (und ältere Mitglieder) berücksichtigen und Familie nicht als Problem betrachten, sondern als wichtige Akteure und gesellschaftliches Kapital!

Auswirkungen des technologischen Fortschritts auf Familien evaluieren!

- Politik muss erörtern, inwiefern man neue Technologien einsetzen kann, um Familien zu fördern, aber auch untersuchen, was für unbeabsichtigte Auswirkungen diese auf die Familie und alle ihre Mitglieder haben können.

Existential Field 1: Familienstrukturen und Familienformen - Ein Überblick über die Haupttrends und -entwicklungen

Zum Auftakt des ersten Berichtes verweisen die Wissenschaftler/innen darauf, dass Familienforschung bezüglich der Quellenbasis und der Methodik ein schwieriges komparatives Forschungsfeld darstellt. Datenschutzgesetze schützen oftmals Familien vor Informationserhebungen. Entsprechend erheben die amtlichen Statistiken nur wenige Daten, die Rückschluss auf Familienleben geben. In komparativen Forschungen ist bereits die Anzahl der vorhandenen Indikatoren stark beschränkt. Üblicherweise wird der Haushalt als Maßeinheit genutzt, so dass alles, was jenseits dieser Maßeinheit liegt, eine Art blinden Fleck in der vergleichenden europäischen Forschung darstellt. Wenn andere Indikatoren vorhanden sind, ist wiederum die Vergleichbarkeit problematisch, da sie auf unterschiedlichen statistischen Quellen beruhen.

Fertilität und demographische Entwicklung

Besonders für die Nordischen EU-Staaten und Westeuropa gilt, dass sich der eher *frühe Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes* – der typisch für die Baby-Boomer-Periode der 1950er und 1960er war – verschoben hat. Kinder werden nun mit Ende 20 bis Ende 30 bekommen. Verschoben hat sich der Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes bei Frauen, aber auch bei Männern. Eine sich abzeichnende Tendenz zur späteren Vaterschaft bei Männern wird vor allem auf den in der Ehe typischen Altersabstand zwischen den Partnern zurückgeführt.

Außerhalb der Ehe geborene Kinder gibt es insbesondere in den Nordischen Staaten, am geringsten ist ihre Zahl in den südeuropäischen Staaten. Die Staaten mit den meisten unehelichen Geburten verweisen auf die besonders starke Lockerung des Zusammenhanges von Ehe und Geburten, sind aber zugleich die Staaten

mit den höchsten Fertilitätsraten. In den südlichen Staaten ist die Zahl der unehelich geborenen Kinder am geringsten, jedoch fallen auch die Geburtenraten besonders niedrig aus.

Generell ist in Europa die Fertilitätsrate von zwei bis drei Kindern pro Frau, wie sie in der Mitte der 1960er existierte, bis heute gesunken. Seit 1990 haben sich die Zahlen in den unterschiedlichen Staaten jedoch auf ihrem jeweiligen unterschiedlichen Niveau stabilisiert. Verbindliche Aussagen lassen sich dabei aber bislang nur für die Frauen der Jahrgänge (Kohorten) bis 1965 treffen. Auf dem höchsten Niveau von 2,1 Kindern pro Frau liegen stabil seit den 1960er Jahren die Nordischen Staaten. Das Ergebnis der Fertilitätsrate jüngerer Generationen ist jedoch noch abzuwarten, da hierbei die Verschiebung des Kinderwunsches auf spätere Jahre eine Rolle spielen kann. Daten weisen darauf hin, dass der Kinderwunsch von Paaren in Europa immer noch zwei und mehr Kinder beträgt.

Die zukünftige Herausforderung in Europa werde es sein, so sehen es die Verfasser/innen des Berichts zum ersten Existential Field der FAMILYPLATFORM, die Familienpolitik so zu gestalten, dass Paare sich diesen Wunsch nach Kindern auch erfüllen könnten.

Zugleich zeigten die Beispiele Österreichs und Deutschlands jedoch, dass sich bereits ein geringerer Wunsch nach Kindern als Einstellung in der Gesellschaft verbreite. Dies bedeute, dass die Zeit für entsprechende familienpolitische Maßnahmen langsam knapp werde.

Entwicklung und Veränderung von Familientypen

Generell ist in Europa eine Verringerung der Heiratsrate zu verzeichnen. Allerdings ist in den letzten Jahren eine höhere Heiratsquote in den Nordischen Ländern (v.a. Dänemark) zu erkennen. In den östlichen EU-Staaten wiederum fällt sie sehr unterschiedlich aus. Als Grund dafür wird der unterschiedlich starke Einfluss der dortigen orthodoxen Kirchen vermutet. In Zentraleuropa sinken die Heiratsraten seit den 1960er Jahren und liegen mittlerweile knapp unter dem EU-Durchschnitt.

Scheidungsrate steigen an, in Deutschland fallen sie vergleichsweise moderat aus (Eurostat 2010). EU-weit steigen die Wiederverheiratungsraten an, in Deutschland allerdings nur wenig. Die Mittelklasse-Kernfamilie wiederum nimmt in Europa ab, in Deutschland jedoch nur wenig.

Die Kernfamilie ist dennoch in ganz Europa weiterhin das dominante Familienmodell.

Angestiegen ist der Anteil der Alleinerziehenden (i.d.R. Mütter): Seit den 1980er Jahren bis 1999 stieg ihr Anteil von 10% auf 27% in der EU-15 und zählten in der EU-27 im Jahre 2008 21%.

Der Grund hierfür liegt vor allem in Scheidungen und im Witwenstatus, dies gilt speziell für den Süden Europas, wo es nur wenige ledige Mütter gibt.

In Deutschland ist ein moderater Anteil von ledigen Müttern (höher in Ostdeutschland) zu verzeichnen; die größte Zahl der Alleinerziehenden besteht in Deutschland aus geschiedenen Müttern. Deutschland weist heute von mehreren untersuchten Staaten den höchsten Anteil an Stieffamilien.

D.h. die Kinder werden von einem der Partner in die Familie eingebracht auf: 14% (untersuchte EU-Staaten: Bulgarien (4%), Deutschland (14%), Frankreich (8%), Niederlande (4%)).

Stieffamilien gelten in Bezug auf die Geburtenrate als wichtig, da sie eine hohe Wahrscheinlichkeit für die

Geburt weiterer gemeinsamer Kinder aufweisen. Dies trifft insbesondere zu, wenn ein Partner (vor allem der Mann) noch keine eigenen Kinder hat. Mit der Geburt eines gemeinsamen Kindes werden sie dann zu „komplexen Stieffamilien“.

Bei zusammenlebenden Familien zeigt sich, dass zusammenlebende Paare in den Nordischen Staaten und den westlichen EU-Staaten (mit der Ausnahme Deutschlands und der Benelux-Staaten) zu einer Wahrscheinlichkeit von 40% gemeinsame Kinder unter 15 Jahren haben.

In der Regel heiraten diese Paare, bevor das erste Kind drei Jahre alt ist, weitere Kinder werden dann in der Ehe geboren.

Neue und seltene Familientypen:

Für Pflege- und Adoptivfamilien gibt es aktuell kaum Daten. Als Quelle ist nur der „Gender and Generation Survey der UN“ nutzbar.

Die institutionelle Recherche bezieht sich zumeist auf die Verschiebung von Heimerziehung auf Pflegeerziehung (gilt auch für Deutschland).

Forschungsbedarf besteht vor allem auf den Adoptionsprozess und die Pflegesituation in den Familien. Länderübergreifende, zumal vergleichende Forschung ist sehr selten.

Regenbogenfamilien (d.h. gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kind/ern aus früherer heterosexueller Beziehung bzw. Kind durch künstl. Befruchtung, Adoption, Pflege): Nur in Norwegen und Schweden ist für diese Paare eine Heirat möglich.

In Deutschland gibt es im Gegensatz zu einigen anderen EU-Staaten kein Recht auf gemeinsame Adoption oder auf eine Unterstützung von künstlicher Befruchtung.

Offizielle Statistiken über Regenbogenfamilien basieren auf sehr geringen Fallzahlen.

In Deutschland erhebt der Mikrozensus Daten über registrierte Lebenspartnerschaften seit 2006. Daten zu Kindern in homosexuellen Partnerschaften sind aber sehr fehleranfällig. Ein Grund dafür ist das Leben in verschiedenen Wohnungen. Es gibt jedoch eine erste repräsentative nationale Studie für Deutschland von Marina Rupp aus dem Jahr 2009.

Generell fehlen Informationen über den Bereich der künstlichen Befruchtung bei reproduktiven Familien. Es gibt Hinweise, dass sich Eltern, deren Kinder auf diese Weise gezeugt wurden, vergleichsweise intensiv mit ihrem Nachwuchs beschäftigen. Informationen fehlen auch über rechtliche Aspekte der Regenbogenfamilien, über ihre Konstituierung und die Verbindung der Kinder mit ihren Herkunftsstaaten bei Adoption.

Mehrgenerationenhaushalte: Studien thematisieren zumeist die intergenerationelle Weitergabe von Zeit und Geld und konzentrieren sich auf die Unterschiede zwischen Wohlfahrtsstaaten. Deutliche Unterschiede bestehen darin, ob ältere Menschen/ Paare über 65 in einem Haushalt mit einem Kind unter 16 leben: In Italien sind dies 25%, in Malta und Polen mehr als 30%, in Dänemark, Schweden, Frankreich und Deutschland jedoch weniger als 5%.

In Deutschland leben weniger als 5% der älteren Menschen/ Paare über 65 in einem Haushalt mit einem Kind unter 16 Jahre.

In den Nordischen Staaten helfen mehr als ein Drittel der erwachsenen Kinder ihren Eltern. Im Süden sind dies nur 15 %, dafür verwenden diese aber deutlich mehr Zeit auf ihre Hilfe als im Norden.

Studien fokussieren stärker auf die Beziehungen der Generationen, wenn sie nicht in demselben Haushalt leben. Über das Leben in Mehrgenerationenhaushalte sind in Europa folglich kaum Informationen vorhanden.

Familien ohne gemeinsamen Haushalt: Living apart together (LAT) und Pendlerfamilien:

Zu diesen Familien sind auf europäischer Ebene so gut wie keine Daten vorhanden.

Die wenigen Informationen zeigen, dass die LAT-Familien ein sehr seltenes Phänomen sind: 1,4% in Bulgarien und Ungarn, 4% in Frankreich, in Deutschland sind es 3,6%.

In Deutschland leben ca. 3,6% der Familien ohne gemeinsamen Haushalt.

Ein Forschungsprojekt zur Mobilität („Job Mobilities and Family-Lives in Europe“) zeigt, dass während ihres Berufslebens mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Europa mit Mobilitätsanforderungen konfrontiert ist. Die Studie zeigt auch, dass die Menschen oft Mobilität und Umzug in Kauf nehmen, um ihren sozialen Status zu bewahren, wobei Mobilität nicht - wie oft erwartet - einen Karrieresprung mit sich bringt, sondern generell nur das bereits vorhandene Niveau sichert.

Mobilität hat oft zur Folge, dass die klassischen Geschlechterrollen gefestigt werden, da Mobilität und Familie speziell für Frauen kaum vereinbar sind.

Zu Patchworkfamilien (d.h. Familien mit Kindern von Partnern aus vorherigen Beziehungen) gibt es nur sehr wenige Studien in Europa. Diese sind zumeist auf Trennungsrisiko oder Geburtswahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Kindes bezogen, je nachdem ob ein oder beide Partner bereits Kinder mit in die Partnerschaft gebracht haben. Ansonsten fast keine Daten vorhanden, schon gar nicht vergleichende.

Existential Field 2: Der Familienentwicklungsprozess

Dieser Bericht betrachtet Kerntrends der Entwicklung von Familien und ihre Auswirkungen auf den Lebensverlauf (life course). Dieses Feld gehört zur Lebenslaufforschung. Dabei ist Folgendes zu bedenken: Biologischer und sozialer Lebensverlauf sind nicht mehr eng miteinander verzahnt, d.h. das biologische Alter zeigt nicht zuverlässig an, in welcher Lebensphase man sich genau befindet.

Vier Kerntrends sind hier zu beachten:

Längeres Verweilen der jungen Menschen in der Herkunftsfamilie

Europaweit verbleiben Jugendliche länger im Elternhaus, sind länger ökonomisch abhängig und auf Eltern angewiesen. Zugleich sind sie als Konsument/in früher mit eigener Entscheidungsfreiheit ausgestattet als jemals zuvor.

In Deutschland verlassen die jungen Menschen das Elternhaus im Vergleich zu anderen Staaten relativ jung, und zwar bevor sie 25 Jahre alt sind.

Als grundsätzlicher Trend zeigt sich: Familie wird fürsorglicher, auch der Vater erfüllt eine fürsorglichere Rolle als er dies früher getan hat.

Generell fehlt jedoch Forschung über die Beziehung(en) innerhalb der Familie, aber auch über Paare als solche. Zudem fehlen qualitative Studien über homosexuelle Eltern oder Paare und die Dynamik, die ihre Beziehungen charakterisiert.

Neue Entwürfe von Elternschaft bei jungen Menschen

Elternschaft tritt in Europa später ein als je zuvor. Auf die vorhandenen Vorbedingungen (Partner/in, feste Arbeit, Haus, Ansicht „eine Zukunft zu haben“ etc.) wird von Paaren Wert gelegt, bevor eine Familie gegründet wird. Der immer später erfolgende Eintritt in die Elternschaft weist auf die Unsicherheit hin, der junge Menschen ausgesetzt sind.

In Deutschland haben Frauen bereits 1980 Kinder erst recht spät, nämlich mit 25 Jahren bekommen, im Jahr 2000 erst mit 28,2 Jahren. 17% der Frauen zwischen 18 und 34 in Deutschland bevorzugen eine Partnerschaft ohne Kinder.

In anderen Staaten fällt dieser Wert deutlich anders aus: In Österreich sind es 13%, in Holland 12%, in Belgien 9%, in Zypern und Malta 2%. In Italien, Spanien, Portugal, Frankreich, Polen sind es 4%, in Dänemark gar nur 2%, in Finnland 4% und in Schweden 3% (Zahlen: Eurobarometer Survey 2002).

Es zeigt sich in Studien eine starke Diskrepanz zwischen den Vorstellungen, die junge Frauen und Männer in Bezug auf ihre Arbeitsteilung äußern, und den tatsächlich umgesetzten Familienpraktiken. So obliegt häusliche Arbeit in der Regel weiterhin der Mutter.

Für Deutschland wird dies in einigen Studien gezeigt, allerdings ist unklar, wie sich dies genau entwickelt und wie die Verhandlungsprozesse in den Familien ablaufen.

Dennoch zeigen sich neben traditionellen Ansichten über Elternschaft, bei denen die Mutter weiterhin die Verantwortung für die Familie übernimmt, neue Modelle für die Ausgestaltung der Elternschaft. Auf deren Basis wird der Veränderung von Genderrollen und

Verpflichtungen und einer Umverteilung von Aufgaben in der Familie der Weg bereitet.

Besonders interessant hierbei ist auch folgendes Hemmnis: In ganz Europa zeigt sich ein Widerstreben der Arbeitgeber, männlichen Angestellten – vor allem jungen Männern – Elternauszeiten zuzubilligen. Insofern wird eine neue Vaterschaftsvorstellung im Alltag ganz konkret negiert.

Forschungslücken sind im Bereich Elternschaft eher die Regel als die Ausnahme: Für viele EU-Staaten gibt es erst wenige Analysen/qualitative Studien zur neuen Elternschaft und die Wandlung, die diese Erfahrung im Übergang (transition) zum Erwachsenwerden hervorruft. Die Neudefinition von Maskulinität wurde noch nicht adäquat untersucht, obwohl sie eine wichtige strategische Rolle in der Familie des 21. Jh. einnimmt. Migrantische Eltern sind wenig erforscht, ihre Rollendefinition und mögliche Spannungen zwischen der Kultur des Herkunftslandes und des aufnehmenden Landes nicht studiert.

Anmerkung der AGF: Zu diesem speziellen Forschungsfeld der Elternschaft gibt es einen ergänzenden Expertenbericht der FAMILYPLATFORM mit dem Titel „Transition into Parenthood (dt.: Übergang zur Elternschaft)“, der in diesem Überblick nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

Eheliche Instabilität

In ganz Europa steigen seit den 1980er Jahren die Scheidungsraten. Die Heiratsraten sinken. Zudem werden - je nach Staat im unterschiedlichen Maße - andere Familienformen (Zusammenleben, Alleinerziehen) häufiger. Das Klima der Unsicherheit in Bezug auf Arbeits- und Sozialstabilität wird durch ein hohes Ausmaß an ökonomischer Instabilität vertieft. Aus dieser Perspektive wird Familie zu einem „risikobehafteten Unternehmen“.

Als Forschungslücken sind unter anderem zu verzeichnen: Langzeitstudien in mehr als drei Staaten über die Auflösung der Paarformation, die in mehr als 3 Staaten durchgeführt werden. Auch gibt es kaum kompara-

tive Studien über Familien in der Situation ehelicher Instabilität.

Neue Rolle der Großeltern

Durch eine längere Lebensdauer und durch eine bessere Gesundheit werden Großeltern verstärkt zur Ressource für ihre Kinder und Enkel. Dies ist auch durch die finanzielle Prekarität ihrer Kinder bedingt. Großeltern haben Freizeit und Geld, über die sie frei verfügen, womit soziales und kulturelles Engagement einhergehen. Für die Formierung neuer Familien muss die Rolle hervorgehoben werden, die in der Mehrheit der europäischen Staaten den Großeltern, vor allem den Großmüttern, zukommt. Dies betrifft vor allem die Kinderbetreuung, insbesondere für erkrankte Kinder und in Regionen, in denen es wenig öffentliche Betreuungsmöglichkeiten gibt.

Deutschland gilt in diesem Kontext, wie auch Italien, Slowenien, Bulgarien, als ein Staat, in dem Großeltern besonders wichtig sind.

Generell lässt sich feststellen, dass Großeltern in jenen Staaten besonders wichtig sind, die nicht über ein starkes Wohlfahrtsystem verfügen und in Staaten mit geringer öffentlicher Kinderbetreuung.

Forschungslücken betreffen in diesem Bereich die genauen Modalitäten und Details, wie Großeltern ihren Kindern helfen, speziell auch bei der Doppelverdienerfamilie. Zu fragen ist außerdem, inwiefern der „neue Einfluss“ der Großeltern die Familienbeziehungen und -organisation verändert.

Existential Field 3: Haupttrends der staatlichen Familienpolitiken in Europa

Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen in Europa sind bekannt und treffen auch auf Deutschland zu: Alternde Bevölkerung, abnehmende Geburtenraten, Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Diversifikation von Familienformen, der Abschied vom männlichen Alleinverdiener-Modell. Diese Herausforderungen betreffen auch die Gestaltung der Familienpolitik. Alle Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegszeit haben „die Betreuungsbelastung der Familien nicht absorbiert“, sie waren auf Gesundheitsfürsorge und Einkommenserhalt ausgerichtet (Esping-Andersen, 1990). Familienpolitik wurde erst später und nur zögerlich entwickelt.

Familienpolitik ist ein Querschnittsthema und europaweit aktuell eines der wenigen expandierenden Politikfelder, begründet durch die „neuen sozialen Risiken“. Sie soll vor negativen Konsequenzen der postindustriellen sozio-ökonomischen Trends im Familienbereich oder dem Arbeitsmarkt (mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf, atypische Beschäftigung) schützen.

Familienpolitische Systeme

Im internationalen Vergleich und vor allem nach der Klassifizierung des Wissenschaftlers Esping-Andersen wird Deutschland als einer der konservativen Wohlfahrtsstaaten eingeordnet (gekennzeichnet durch mittlere Dekommodifizierung¹, Status erhaltende soziale Sicherungssysteme, Unterstützung der traditionellen Familie).

¹ Dekommodifizierung = Inwiefern eine Einzelperson - abgekoppelt von ihrer Leistung auf dem Arbeitsmarkt - einen durchschnittlichen Lebensstandard erhalten kann.

Ähnlich wie Deutschland werden Österreich, Belgien, Frankreich und Italien als konservative Wohlfahrtsstaaten eingeordnet.

Als liberale Staaten gelten nach dieser (durchaus umstrittenen, oftmals modifiziert weiterverwendeten) Typologie beispielsweise GB und Irland (sowie Kanada und die USA), die durch ein niedriges Niveau der Dekommodifizierung, individuelle Verantwortung, Bedürftigkeitsprüfung, Primat des Marktes charakterisiert werden. Als sozialdemokratisch klassifiziert gelten Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, wobei die Merkmale hohe Dekommodifizierung, großzügige Leistungen und Fokus auf Geschlechtergleichheit sind.

Deutschland zeichnet sich durch ein starkes „Alleinverdiener-Modell / breadwinner model“ aus.

Wichtigste Trends der Familienpolitik

- Konservative Staaten haben relativ häufig eine explizite und umfangreiche Familienpolitik. Nordische und anglo-amerikanische Staaten haben dagegen eine weniger explizite Familienpolitik als die konservativen, mediterranen und die und post-sozialistischen Staaten und haben die Familie auch nicht in ihrer Verfassung explizit geschützt.

Deutschland und Österreich verfügen schon seit langem über Familienministerien auf Bundesebene. Die Verfassungen vieler kontinentaler Staaten schreiben den staatlichen Schutz der Familie explizit vor.

- 2009 hatten nur 10 von 27 EU-Staaten ein Familienministerium (neu dabei: Dänemark, Niederlande, Lettland).
- EU-Mutterschutz-Urlaub bieten fast alle Staaten, er wird als Gesundheitsmaßnahme verstanden.

- **Elternurlaub:** In den meisten EU-Staaten zwischen 9 und 15 Monaten – bis 3 Jahren. Lt. EU-Richtlinie müssen alle Mitgliedstaaten mindestens drei Monate per Elternteil bereitstellen, Zahlungen sind nicht festgelegt. In den Mitgliedstaaten ist der Elternurlaub sehr unterschiedlich geregelt.
- **Betreuung** ist eines der wichtigsten politischen Themen in den EU-Staaten: Die Betreuung der unter Dreijährigen (U3) ist in den Nordischen Staaten, Niederlande und Belgien am besten entwickelt. Defizitär (= unter 10%) ist die Situation hierbei in Österreich, Tschechien, Ungarn, Litauen, Malta und Polen. Die Betreuungssysteme für Kinder von 3 Jahren bis zum Schulalter sind überall recht gut ausgebaut, in acht Staaten bis zu 90 %. Für ältere Kinder ist Vollzeitbetreuung üblicher als für jüngere Kinder.
- Wichtig ist auch der Betreuungsschlüssel „Erzieherin – Kinderzahl“. Er beträgt in Dänemark und GB gute 1:3, in Deutschland, Griechenland und Polen weniger. Sehr unterschiedliche Niveaus zeigen sich in der Ausbildung der Betreuungspersonen: ein besonders niedriges Niveau existiert in Belgien, Deutschland, Niederlande und GB.

- Der Betreuungsschlüssel „Erzieherin – Kinderzahl“ beträgt in Deutschland weniger als 1:3.
- Deutschland hat ein besonders niedriges Niveau bei der Ausbildung von Betreuungspersonal.
- Deutschland strebt eine umfassendere Ausweitung von Kinderbetreuungsplätzen an.
- Zugleich will Deutschland 2013 ein Betreuungsgeld als Wahlmöglichkeit einführen.
- Ein Betreuungsgeld gibt es bereits als flankierende Maßnahme zum Betreuungsausbau in Finnland, Frankreich (beide seit Mitte der 1980er), neuerdings auch in Norwegen (1998) und Schweden (2008): Es werden also familienpolitisch widersprüchliche Anreize gesetzt, begründet mit „Wahlfreiheit“. Dies ist stark strittig.

Betreuungsdienstleistungen werden hauptsächlich für Kinder untersucht. Betreuungsleistungen für ältere Menschen erhalten weniger Aufmerksamkeit (werden auch oft nicht in Vereinbarkeitsstudien einbezogen).

In Deutschland gibt es beträchtliche Steuervergünstigungen für Familien. Es wird die Ein-Verdiener-Ehe mehr unterstützt als Doppelverdiener (denen wiederum bei den meisten Staaten mehr Unterstützung zukommt). Es werden in Deutschland eher schwache Anreize für „Zweitverdiener“ gesetzt.

In einer Untersuchung von 15 Staaten zeigte sich 2006, dass Österreich die höchsten Leistungen für *Einelternfamilien* zahlte.

In Belgien und Deutschland erhielten die Alleinerziehenden weniger Leistungen als ein äquivalentes Paar.

Familienbesteuerung/ Familienleistungen gelten als signifikant zur Bekämpfung von Kinderarmut. Oft wird die Familienbesteuerung nicht in Analysen mit einbezogen. Wenn sie einbezogen wird, ändern sich die Leistungs-Rankings zwischen den Staaten.

2006 gab es in 19 OECD Staaten eine separate Besteuerung von Eheleuten, eine (optionale) gemeinsame Veranlagung existierte in 11 Staaten. Eine Studie wies nach, dass die Nettzahlungen an den Staat in den meisten Ländern für Familien mit Kindern geringer (!) ausfielen als für Familien ohne Kinder. Die Differenzen zwischen den Staaten waren sehr groß: Von großen Unterschieden in der Nettzahlung in Österreich oder Ungarn bis hin zu geringen Unterschieden in Polen.

In der OECD-Family-Database findet man den Indikator „Genderneutralität“. Er besagt, ob Staaten eher Doppelverdiener unterstützen (Mehrheit der Staaten) oder das Einzelverdiener-Paar (speziell zutreffend für Tschechische Republik, Frankreich und Deutschland).

Spezielle Trends in der EU-27

Anmerkung der AGF: Die Hinterfragung von speziellen Trends in der Familienpolitik wurde von den Autor/innen des Berichts auf Basis einer schriftlichen Abfrage von Familienforschern in der EU erstellt, um so die aktuellsten Trends und Einschätzungen für ihre Auswertung des Forschungsstandes zu erhalten.

- Generell zeigt sich in der EU eine Expansion der Familienpolitik, die oft darauf abzielt, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen und Geburtenraten positiv zu beeinflussen.
- Die Ausweitung des Elternurlaubs bzw. des Vaterurlaubs: In Schweden gibt es einen „Gendergleichheitsbonus“, der an Mütter gezahlt wird, wenn sie dem Vater die Betreuungsverantwortung übertragen und Vollzeit erwerbstätig sind.
- Bessere „Work-Life-Balance“
- Qualität der Familien-Dienstleistungen
- Unterstützung großer Familien (insbes. Mittelmeerstaaten)
- Kinderrechte und Wohlergehen (GB, Irland und Portugal)
- Anerkennung von unterschiedlichen Familienformen (Dänemark, Spanien und Slowenien).

Zu beachten ist, dass in internationalen Vergleichen die Datenbasis oft schwierig ist: So gibt es in Großbritannien und Irland eine starke Wohnungspolitik, die in die Familienpolitik mit einfließt und so beispielsweise einen Vergleich zur Altersabsicherung mit anderen Staaten erschwert.

Das Fehlen eines „Family Mainstreamings“, basierend auf dem Gender Mainstreaming Instrument, ist eine politische Herausforderung.

Politik und Verwaltung sollten „den Einfluss ihrer Politiken auf Familien“ analysieren (Aussage Europäisches Parlament 2004) und die Familienperspektive in den gesamten politischen Prozess integrieren, d.h. Problemdefinition, Agenda-Setting, politisches Design,

Implementierung und Evaluation der Politik (so die OECD 2008). Dies könnte auch die Einführung von Familienbeauftragten, analog zu den Gleichstellungsbeauftragten, bedeuten.

Wenn *familienpolitische Maßnahmen* nicht ein Nebeneffekt von anderen politischen Maßnahmen sind, sondern *speziell intendiert* werden, beruhen sie meist auf den folgenden *Motiven*:

- Institutionelle Motive: Familie soll als eine eigene Institution bewahrt werden, zumeist im Rahmen konservativer Politik und einem traditionellen Familienbild.
- Demographische Motive
- Ökonomische Motive: 1) Betonung der Wichtigkeit der Familie für die Bildung von „Humankapital“ und um die Leistungen der Familie für die Gesellschaft in Balance zu halten; 2) recht neue Sichtweise: um die ökonomische Funktionalität zu unterstützen (z.B. Arbeitskraft durch Kinderbetreuung stärken)
- Sozialpolitische Motive: um eine Kompensation für direkte und Opportunitätskosten der Familienverantwortlichkeit (Kinderbetreuung, Einkommensverlust) zu erreichen und um Armut zu bekämpfen
- Gleichstellungsmotiv: um ökonomische und soziale Nachteile für Frauen aufzuheben, neuerdings auch, um eine gerechtere Aufteilung von Familien- und Berufstätigkeitsaufgaben zu erreichen und um Anreize für Väter zu setzen
- Motiv des Wohlergehens des Kindes: um den Rahmen für eine öffentliche Versorgung der kindlichen Bedürfnisse (inkl. Sozialisation innerhalb und außerhalb der Familie) zu schaffen

Diese Motive variieren beträchtlich zwischen den einzelnen Staaten. Um die Motive zu verfolgen, können drei Instrumente von den politischen Entscheidungsträgern genutzt werden:

- 1) Regulierung, z.B. Familienrecht, Arbeitsrecht, Gleichstellungsrecht

- 2) Information, z.B. Familienunterstützungsprogramme, Benchmarking und Performance-Indikatoren (z.B. in OMK), Wiss. Beratung
 - 3) Finanzierung, inkl. Steuern, Leistungen, z.B. Kinderbetreuung, Zahlung von Familienauszeiten, Sozialversicherung, Familienbesteuerung, Wohnleistungen;
- Herausforderung: Notwendigkeit einer langfristigen Politik und Nachhaltigkeit

In Deutschland gibt es seit einigen Jahren die Strategie der „Nachhaltigen Familienpolitik“ mit den beiden Zielen, die Geburtenrate zu erhöhen und die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen durch eine ausbalancierte Nutzung der Infrastruktur, sowie von Zeit- und Geldleistungen zu verbessern.

Forschung:

Benchmarking ist schwierig, da es sehr unterschiedliche Steuersysteme etc. gibt. Als weiterführend kann sich der Familienfreundlichkeitsindex erweisen, welcher 2009 vom DIW Köln für 19 Staaten eingeführt worden ist. Hier werden Ziele und Maßnahmen verglichen.

Zumeist gibt es eine makro-quantitative Forschung, seltener Meso- oder Mikroforschungen. Es fehlen Analysen zu Pflegeeinrichtungen für Ältere, da dies oft nicht als familienpolitische Angelegenheit betrachtet wird.

Eine Familienpolitiktypologie, für die Erforschung der EU-27 Staaten, wird von einigen Forscher/innen erwünscht.

Es fehlen Studien über NGO-Regierungsbeziehungen bei der Entwicklung von Familienpolitik.

Ebenfalls bedarf es der Analyse lokaler Familienpolitiken: Diese sind z.B. sehr wichtig in Spanien. In Deutschland wiederum ist der Kinderbetreuungsausbau in Ost und West sehr unterschiedlich.

Wohnungspolitiken fehlen oft als zu erforschender Teil der Familienpolitik; beispielsweise sind sie typisch für Irland, GB.

Auswirkung der Krise auf Familienpolitik ist zu erkunden: Warum einige Staaten aktuell ihre familienpolitischen Maßnahmen zurückfahren, andere sie jedoch ausweiten.

Exkurs: Geld- und Steuerleistungen:

Generell ist die Quellenlage für eine Besteuerung von Familien schlechter als die über Geldleistungen an Familien. Speziell die OECD hat sich jedoch dem Thema gewidmet. Im Allgemeinen geben die meisten Staaten mehr für Geldleistungen aus als für Dienstleistungen oder Steuererleichterungen, obwohl es Anzeichen dafür gibt, dass sich dies ändert. Von den EU-Staaten ist der Anteil der Dienstleistungen in Frankreich, Dänemark, Italien, Spanien besonders hoch. Bemerkenswerte Steuerleistungen gibt es in Deutschland und den Niederlanden, zudem in Frankreich, Belgien und der Tschechischen Republik.

Von 24 Staaten gaben nur Deutschland, Italien, Luxemburg, Spanien, die Schweiz und die Türkei 2008 mehr Geldleistungen für Familien aus als sie dies noch 1998 getan haben.

Familienleistungen variieren stark: In einigen Ländern werden sie als fixe Leistung gezahlt, in anderen sind sie einkommensabhängig, abhängig vom Alter oder der Kinderzahl. In den Mittelmehrländern werden sie eher nach einer Einkommensprüfung gezahlt, so auch z.T. in den postsozialistischen Ländern. 16 Staaten zahlen Leistungen abhängig von der Kinderzahl, und zum Teil an deren Alter orientiert. In den Nordischen Ländern gibt es eine niedrige Altersgrenze, dafür jedoch einen frühen, eigenständigen Leistungsbezug als Individuum, abgekoppelt von den Eltern.

Die OECD hat festgestellt, dass die finanzielle Unterstützung von Familien sehr nach Einkommensniveau differiert, jedoch nicht in allen Staaten.

Wenig am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet erfolgt die Unterstützung in Belgien, Deutschland, Irland, Luxemburg, Niederlande und der Slowakei.

Diese Länder prüfen auch nicht das Einkommen.

In einigen Untersuchungen zeigt sich, dass Geldleistungen und Steuervorteile in sieben Staaten verschiedenen Familientypen zugute kommen. Das Leistungspaket GBs ist sehr großzügig, hauptsächlich durch den „Child Tax Credit“ (diesen gibt es für alle Eltern mit Kindern, die ein Einkommen unter 58.000 Pfund/64.500 Euro pro Jahr haben), beschäftigt sich aber hauptsächlich mit Kinderarmut und ist stark einkommensbezogen.

In einem Vergleich mit 15 Staaten gilt Österreich in einem Leistungsvergleich als herausragend, beispielsweise bei der starken Unterstützung der Alleinerzieherfamilie mit einem Kind im Vergleich zu einer Paarfamilie mit Kind im Schulalter. Auch die Nordischen Staaten und die Niederlande zeigen sich deutlich großzügiger in Bezug auf alleinerziehende Eltern als für Paare.

Im Gegensatz zu den Nordischen Staaten, den Niederlanden und Österreich stehen Belgien und Deutschland: Hier erhalten Alleinerziehende mit einem Kind weniger Leistungen als Paare.

Werden die Leistungspakete mit den Ergebnissen der mütterlichen Erwerbstätigkeit, Fertilität und Kinderarmut in Verbindung gebracht, zeigt sich aber: Einfache Antworten gibt es nicht. In den Nordischen Staaten und Belgien gibt es niedrige Kinderarmutsraten und variierende Kinderleistungspakete.

Dagegen besitzen Österreich und GB hohe Kinderarmutsraten trotz großzügiger Pakete. Dies korrespondiert mit einer OECD Analyse, die aussagt, dass es der Erwerbstätigkeitsstatus der Eltern ist, der den stärksten Einfluss auf das Ausmaß der Kinderarmut hat. Eine andere Analyse kam zu dem Ergebnis, dass Familiensteuer/ Leistungspakete eine signifikante Rolle bei der Reduzierung der Kinderarmut spielen. Sie zeigte auch, dass, im Mittel von 19 OECD Staaten, 40% aller Haushalte mit Kindern im Jahr 2000 durch staatliche Transfers und Steuern aus der relativen Armut geholt werden. Es sind sogar bis 70% in den Nordischen Staaten, Belgien, der Tschechischen Republik und Frankreich.

Betrachtet man die Familienbesteuerung genauer, lässt sich feststellen, dass die Steuervergünstigungen in einige Analysen integriert wurden, in andere aber nicht. In Querschnittanalysen fehlen sie oft. Werden sie genutzt, ändert sich zumeist der Wohlfahrtsstatus des Landes. Historisch waren die ersten Familienleistungen „Hausfrauen-Boni“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der später ansteigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen stellten einige Länder ihre Besteuerungssysteme um: lt. OECD 2008 hatten 2006 19 OECD-Staaten eine getrennte Einkommensbesteuerung von Ehepartnern, 11 Staaten eine gemeinsame Veranlagung oder die Option für eine gemeinsame Veranlagung.

Eine weitere Analyse untersuchte 2001 den Einfluss des Steuersystems auf familiäre Erwerbstätigkeit: Drei Staaten hatten sehr hohe oder moderate Steuerlasten, in denen Alleinverdiener starke Reduzierungen erhalten (Belgien, Dänemark, Deutschland). Die Niederlande und Schweden dagegen haben mäßige Steuerlasten und nur eine geringe bis gar keine Steuererleichterung für Alleinverdiener. Österreich, Frankreich, Portugal, Spanien sowie GB haben recht niedrige Steuerbelastungen und unbedeutende Erleichterungen für einen bestimmten Familienstatus.

Die Besteuerungssysteme allein können die Erwerbstätigkeitsmuster von Familien nicht erklären, denn andere politische Felder können gegensätzliche Effekte hervorrufen. Klare Gestaltungseffekte dagegen kann man nur dann finden, wenn verschiedene soziale Politiken (Design des Steuersystems, Arbeitsmarktregulierung, Familienpolitik, und – am wichtigsten – Kinderbetreuung) koordiniert werden, um ein bestimmtes Modell von Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

Basierend auf OECD Daten lässt sich feststellen, dass die Doppelverdienerfamilie in fast allen Ländern weniger Steuern zahlen muss als die Alleinverdienerfamilie: Ausnahmen bilden die Tschechische Republik, Frankreich (Familiensplitting, Splittingfactor pro Kind 0,5, ab 3. Kind sogar Faktor 1) und Deutschland. Finanzielle Anreize für potentielle „Zweitverdiener“ existieren in den meisten Staaten, sind aber recht schwach in Bel-

gien, der Tschechischen Republik, in Deutschland, den Niederlanden und in Polen.

Es zeigt sich also insgesamt: Familienpolitik ist in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgestaltet, generell gibt es jedoch eine Ausweitung der Familienpolitiken.

Deutschland, wie auch GB und Österreich, gilt als ein Staat, der in den letzten Jahren eine starke familienpolitische Politikveränderung / Paradigmenwechsel vollzogen hat – von Re-Familialisierungs-Maßnahmen, die das traditionelle Familienmodell befürworten, zu mehr „weiblich-mobilisierenden“ Modellen.

Viele Staaten verlassen sich noch immer sehr stark auf Familienunterstützung in der Betreuung statt öffentliche Betreuung zu fördern und fokussieren stattdessen auf finanzielle Hilfen für große und arme Familien (Zypern, Griechenland, Spanien). Dänemark, Finnland und Schweden diskutieren bereits nicht mehr einen Kinderbetreuungsausbau, da sie hier bereits genügend Unterstützung offerieren.

Ihr Hauptfokus liegt jetzt auf der Qualität früher Bildung und auch auf einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Öffnungszeiten etc. Die schwedische Politik ist nicht mehr streng defamilial orientiert. Es gibt mittlerweile eine sehr stark diskutierte Leistung für Kinderbetreuung zuhause - die so genannte „home care allowance (Betreuungsgeld)“. Die ost(mittel)europäischen Staaten sind familienpolitisch sehr heterogen: Litauen und Estland befürworten eine weibliche Mobilisierung, Polen dagegen eine familialisierende Politik auf eher niedrigem Niveau.

Existential Field 4a: Familie und Lebensumfeld

Dieser Report untersucht die Lebensbedingungen von Familien. Die Themenfelder sind hierbei die ökonomische Situation, Bildung und Beschäftigung, aber auch die physischen Komponenten des Lebensumfeldes: Wohnen und Nachbarschaft.

Ökonomische Situation

Die ökonomische Situation fällt in den Europäischen Staaten sehr unterschiedlich aus. Generell ist die Situation in den alten Mitgliedsstaaten besser. Wohlhabend ist vor allem Luxemburg. Am ärmsten sind die nach 2004 aufgenommenen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien.

Für Deutschland zeigt sich bei einer Regionenanalyse der EU-Staaten, dass von den 10 Regionen in Europa mit den allerhöchsten verfügbaren Einkommen per Einwohner, vier in Deutschland liegen. Von den Top-30 Regionen, liegen 11 Regionen in Deutschland.

Wenn man das verfügbare Nettoeinkommen durch die Zahl der Familienmitglieder dividiert, kann man den *Effekt der Familienstruktur und der Zahl der Kinder auf das Einkommensniveau* messen.

Vergleicht man das Einkommensnetto eines Alleinverdieners, dividiert durch vier Familienmitglieder (verheiratetes Paar mit zwei Kindern) mit dem Nettoverdienst eines Einzelverdieners ohne Kinder, so ist das Einkommensniveau der Familie pro Familienmitglied in der Tschechischen Republik und in Slowenien am höchsten (34,4% des Einkommens eines kinderlosen Singles). Aber auch Luxemburg schneidet vergleichbar gut ab (34,3%). Schlechter sieht die Situation für Familien in der Türkei (25%), Zypern (25,8%), Litauen (27,2%) und GB aus.

Ein verheiratetes Alleinverdienerpaar mit Kindern in Deutschland verfügt als Familie über ein Nettoein-

kommen von 33,3% pro Person (im Vergleich zum Nettoeinkommen eines kinderlosen Singles); arbeiten beide, sind es 54,6%.

Die Anzahl der *Alleinerziehenden* (zumeist Mütter) ist in den letzten Jahrzehnten bedeutend angestiegen. Der Alleinerziehendenstatus ist jedoch wohl nicht die Hauptdeterminante, um in Armut zu geraten: Es sind - laut einer multivariaten Studie von 2003 - wohl eher die besonderen Umstände, die damit verknüpft sind, wie die Beschäftigungsmöglichkeiten bzw. die öffentlichen oder privaten Leistungen. Die traditionellen Wohlfahrtssysteme werden mit Fällen von Alleinerziehenden aufgrund von Krankheits- oder Tod des anderen Elternteils gut fertig, sind aber nicht bereit, das Risiko von gescheiterten Ehen zu tragen, was heute die Hauptursache von Einelternfamilien ist. Einelternfamilien haben ein erhöhtes Armutsrisiko, genau wie Mehrkindfamilien.

Die wichtige Rolle von Beschäftigung zeigt sich bei Personen, die noch nicht im Ruhestand sind, sich aber in einem „ökonomisch inaktiven“ Haushalt befinden. Das Armutsrisiko ist höher, wenn nur einer von zwei Erwachsenen erwerbstätig ist. Die wachsende Notwendigkeit, auf zwei Einkommen zurückzugreifen, bedeutet angesichts der zunehmend befristeten Jobs neue Probleme für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zudem gibt es weitere armutsgefährdete Haushalte:

Dabei handelt es sich speziell um Einpersonenhaushalte, vor allem von arbeitslosen jungen Menschen oder von Menschen über 65 Jahre (sehr unterschiedliches Armutsrisiko in den verschiedenen Staaten), zumeist Frauen mit früherem geringem Erwerbseinkommen.

Aufgrund dieser ökonomischen Situation kann erwartet werden, dass es eine *wachsende Polarisierung zwischen Familien* mit geringen und mit hohen Einkommen geben wird: Familien mit zwei verdienenden Eltern wird es recht gut gehen, Einelternfamilien und

Einpersonenhaushalte mit jungen Erwachsenen oder Senioren werden finanzielle Schwierigkeiten haben. In Studien zeigt sich, dass subjektiv empfundene Armut und objektive Armutskriterien nicht unbedingt miteinander übereinstimmen, sondern dass dies eher selten der Fall ist. Im Regelfall ist die subjektive Armut stärker als die objektive. Ausnahmen sind hier vor allem Schweden, Niederlande, Dänemark und Luxemburg.

Beschäftigung

Die Länder haben sehr unterschiedliche Arten, mit Arbeitslosigkeit umzugehen, hinzukommen regionale Unterschiede in den jeweiligen Staaten.

2009 betrug die *Arbeitslosenquote* in der EU 27 im Schnitt 9%. Am höchsten war sie in Spanien und Lettland (18%), am niedrigsten in den Niederlanden (3,5%). In der Arbeitsmarktpolitik finden sich sehr starke Unterschiede im Umgang mit *Teilzeitverträgen und befristeten Verträgen*.

Jede fünfte Person ist in Dänemark, Schweden, Österreich, GB, Deutschland und Belgien teilzeitbeschäftigt.

Die höchste Anzahl von befristeten Verträgen findet sich mit einem Anteil von einem Drittel in Spanien, zu 20-30% in Polen und Portugal. Unterschiede in der Arbeitslosigkeit existieren auch zwischen Stadt und Land (auf letzterem eine höhere Arbeitslosenrate, oft bedingt durch schlechte Infrastruktur).

Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zwischen Stadt und Land ist vor allem seit 2000 in Deutschland deutlich weniger stark ausgeprägt als in anderen Staaten.

In den letzten Jahrzehnten ist die Jugendarbeitslosigkeit in Europa spürbar angestiegen.

In der gesamten EU leben 9% der *Kinder in einem Arbeitslosenhaushalt*, mit einem sehr hohen Anteil in GB, Irland und Ungarn (2008). Die Arbeitslosigkeit ist bei Einelternfamilien höher als bei Familien mit zwei Erwachsenen. Bei Alleinerziehenden ist die Arbeitslosigkeit am niedrigsten in Dänemark, Island, Spanien,

Schweden, Schweiz (OECD Studie: *Babies and Bosses*, 2007).

Generell arbeiten Singles oder Paare ohne Kinder Vollzeit (Ausnahme: Niederlande). Für Paare ohne Kinder gibt es jedoch auch das Muster, dass nur eine erwachsene Person Vollzeit arbeitet (v.a. in Griechenland, 34% der Paare). Vollzeitarbeit ist die vorherrschende Arbeitsform bei Alleinerziehenden (Osteuropäische Staaten, Griechenland, Finnland), wobei es hier große Länderunterschiede, gibt.

Deutschland tendiert im Vergleich eher zur Teilzeitbeschäftigung, so wie GB, Luxemburg, Niederlande, Österreich.

Das typische Beschäftigungsmuster von *Paaren mit Kindern* in der EU ist die Vollzeit-Erwerbstätigkeit beider Erwachsenen.

Einige Staaten, wie Deutschland, nutzen eher das 1,5 Verdiener Modell.

So auch in Belgien. In Spanien, Italien, Luxemburg arbeitet zumeist nur eine/r der Erwachsenen in einer Familie mit Kindern.

Es gibt recht große Unterschiede in Bezug auf den *Beschäftigungsindikator für Frauen*. Generell lässt sich festhalten, dass die Beschäftigung von Frauen (speziell: verheirateten Müttern) in den EU 27 Staaten deutlich angestiegen ist, wobei aber die Teilzeitquote (2007: 31,2%) deutlich höher ausfällt als bei männlichen Beschäftigten (7,7%). Frauen nutzen die Teilzeitoption als Mittel zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Kinder zu haben, die Zahl der Kinder, das Alter der Kinder, auch die Präsenz der Kinder, ruft bei Frauen einen starken gegenteiligen Effekt auf die Erwerbstätigkeit hervor. Mit ansteigender Kinderzahl sinkt die Erwerbstätigkeit, auch das Alter der Kinder spielt eine große Rolle (Erwerbstätigkeit steigt nach dem Erreichen des 2. Lebensjahres wieder an). Eine Ausnahme bildet Slowenien, wo auch Frauen mit mehr als drei Kindern oft erwerbstätig sind.

In Deutschland (Bulgarien, Österreich etc.) nimmt die Erwerbstätigkeit der Frauen mit steigender Kinderzahl deutlich ab.

In Italien, Luxemburg, Niederlande sinkt die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern deutlich weniger.

Bei *Männern* fällt *der Effekt der Elternschaft* im Erwerbsleben genau andersherum aus. Vor allem verheiratete Männer weisen eine stärkere Erwerbstätigkeit auf, sie sind unbeeinflusst vom Alter des jüngsten Kindes. Generell ist aber auch bei Männern ein Wandel der Erwerbstätigkeit zu beobachten: In den letzten Jahren hat der Anteil der Männer, die in befristeten Jobs oder Teilzeit arbeiten, zugenommen. Männer arbeiten jedoch eher fortbildungsbedingt Teilzeit.

Generell bewegen sich die *Beschäftigungsmuster* von Vollzeit hin zur Teilzeitbeschäftigung. Dies gilt sowohl für Frauen als auch für Männer, korreliert aber bei weitem nicht mit dem, was die Personen sich wünschen. Beschäftigungslosigkeit bedeutet in der Regel ein niedriges Einkommen, beeinflusst die Entscheidung, Kinder zu bekommen und beeinflusst auch die Möglichkeiten der aufwachsenden Kinder.

In Bezug auf die *Beschäftigungssektoren* lässt sich erkennen, dass die Beschäftigung im Bereich „Dienstleistungen“ wächst, und zwar auf Kosten der Arbeitsverhältnisse in den Sektoren „Industrie“ und „Landwirtschaft“. Der Bereich „Dienstleistungen“ beinhaltet oft die Tätigkeiten, die zuvor in der Familie übernommen worden sind. Im Dienstleistungsbereich arbeiten vor allem Frauen.

Die Arbeitslosenquote der Frauen war in der EU-27 im Jahr 2007 höher als die der Männer, dabei war Deutschland eine der Ausnahmen, wie auch z.B. Irland und GB.

Bildung

In den EU-15-Staaten haben durchschnittlich 20% der Bevölkerung eine *Hochschulbildung* (tertiäre Bildung)

abgeschlossen. Die neueren Mitgliedstaaten liegen unter dieser Quote, mit Ausnahme der postsozialistischen EU-Staaten.

Bei der Bildung zeigt sich Deutschland eher als Ausnahme von dem EU-Trend, dass mehr Mädchen eine Hochschulbildung erwerben (EU-27, 2006: 55,1%) als Jungen. Letztere streben häufiger eine Berufsbildung an. In Deutschland waren es 50,3% Jungen, die eine (tertiäre) Hochschulausbildung anstrebten.

Dieser Bildungstrend wird mutmaßlich auch das Familienleben beeinflussen.

Generell gibt es in der EU auf dem Land ein eher niedrigeres Bildungsniveau. Für Deutschland trifft dies jedoch nicht zu.

Für Deutschland ist typisch, dass es nur über eine kleinere Gruppe mit schlechter Bildung verfügt, aber auch die Gruppe mit tertiärer Bildung kleiner ausfällt. Dafür ist die Gruppe mit sekundärer und postsekundärer, aber nicht tertiärer Bildung recht groß.

In der EU wächst jedes 2. Kind statistisch in einem Haushalt auf, in dem mindestens ein Elternteil Ober- oder Hochschulbildung (sekundäre Bildung) besitzt, die Staaten unterscheiden sich aber stark voneinander. Generell haben ärmere Eltern mehr Kinder, Paare mit hoher Bildung verzögern das Kinderbekommen zeitlich am stärksten.

Alleinerziehende besitzen in der EU tendenziell eine niedrigere Bildung, nicht jedoch die Eltern kinderreicher Familien, von denen gerade in Deutschland, wie auch in anderen nordischen und westeuropäischen Staaten, mindestens ein Elternteil hochqualifiziert ist.

Die Verbindung von Bildungs- und Einkommensniveau ist eine wichtige Determinante für die finanzielle Situation der Familien- und Kinderarmut. Menschen aus finanziell benachteiligten Familien sind mit Hindernissen konfrontiert, die die Entfaltung ihres Potentials erschweren. Neben offensichtlichen Problematiken wie beispielsweise Universitätsgebühren, hat die Forschung auch gezeigt, dass Eltern mit Niedrigeinkommen möglicherweise selbst nicht optimal in die Ent-

wicklung ihrer Kinder investieren. Das Fehlen finanzieller Mittel und die Entscheidungen der Eltern kann Bildungsdeprivation (fehlender Arbeitsplatz, fehlende Schulmittel etc.) nach sich ziehen.

Bildungsdeprivation² ist nach Angaben der OECD in Island und Deutschland am geringsten.

Es gibt eine Verbindung zwischen der elterlichen Bildungsleistung und dem Abschneiden von 15jährigen Schüler/innen in Mathematik, Lesen, Wissenschaft und beim Schulversagen, wie PISA 2003 und die EU-Studie Child Poverty and Well-Being von 2008 zeigen.

Sekundarschulbildung und an die Sekundarbildung anschließende post-Sekundarbildung wird von Schüler/innen (15-24J.) in Deutschland weniger wahrgenommen als in anderen Staaten. Problematisch ist speziell die Erlangung der Hochschulbildung.

In den letzten sechs Jahrzehnten sind die Bildungsungleichheiten in Europa in Bezug auf die tertiäre Bildung (Hochschule) eher zurückgegangen, auch wenn dieser Trend nicht überall in Europa ähnlich ausfällt.

Ein wachsender Trend zur Ungleichheit lässt sich jedoch in den Osteuropäischen Staaten, aber auch - wenn auch erst seit den 1990er Jahren - für Deutschland, Schweden, Norwegen beobachten.

Ein Abbau von Ungleichheit in Bezug auf Hochschulbildung findet zurzeit vor allem in Finnland, Irland, Dänemark und Österreich statt.

Bildungsmöglichkeiten und die Erreichbarkeit der Einrichtungen sind auf dem Land oft schlechter als in städtischen Gebieten. Dies gilt aber nicht für Deutschland, das mit Polen und GB als Ausnahme unter den Staaten sowohl auf dem Land als auch in der Stadt im gleichen Maße Erwachsene mit Hochschulbildung aufweist.

² Gemessen an der Verfügbarkeit von folgenden acht Dingen für 15jährige Schüler/innen: Schreibtisch, ruhiger Raum zum Arbeiten, Computer für Schularbeiten, Lernsoftware, Internetverbindung, Taschenrechner, Wörterbuch, Schulbücher.

Physische Komponenten der Umwelt / des Lebensraums

Natur, Nachbarschaft und Wohnen sind für Familien wichtige Faktoren, die aber höchst schwierig zu analysieren sind - zumal länderübergreifend.

Ein großer Anteil von Europäern lebt in Städten. Hier ist die Luftverschmutzung ein wichtiges Anliegen. Mehr als 90% der europäischen Städte sind der Konzentration von bedenklichen Stoffen ausgesetzt. Kinder mit Zugang zu offenen Grünflächen sind gesünder und aktiver und zeigen stärkeres Konzentrationsvermögen. Im Umfeld mit Überbevölkerung leben vor allem die Bevölkerungen in Süd-/Osteuropäischen Regionen. Auch Lärm, Gewaltstatistiken etc. sind wichtig, oft fehlen aber vergleichbare Statistiken.

Die Mordrate in Deutschland ist recht niedrig. Österreich, Norwegen, Luxemburg und Schweden schneiden jedoch mit einer noch geringeren Mordrate in Punkto Sicherheit besser ab. Bei anderen Delikten liegt Deutschland im Mittelfeld mit einer Tendenz zur Verbesserung.

Wohnen:

2005 betrug die Durchschnittszahl für einen Haushalt in der EU-27 2,5 Personen.

Dabei besaßen die Haushalte in Deutschland, Finnland und Dänemark die niedrigste Personenzahl (2,1 Personen). In Bezug auf die Wohnfläche pro Person liegt Deutschland mit 40 m² pro Person gemeinsam mit Dänemark, den Niederlanden, GB, Schweden und Luxemburg vorn. Deutschland ist - anders als viele ande-

re Staaten - ein Mieterland, wodurch auch (Job-) Mobilität ermöglicht wird.

In Europa gibt es den Trend, die Anzahl der Mietwohnungen zu reduzieren. Gegen diesen Trend bewegen sich Finnland und Schweden, die den öffentlichen Wohnungsbau fördern.

Von gestiegenen Wohnkosten sind oft Mieter von privaten Vermietern betroffen, generell lässt sich aber sagen, dass in den EU-15-Staaten auch bei Einkommenseinbußen die Wohnung im Regelfall bezahlbar bleibt und insofern eine recht hohe Sicherheit herrscht.

U.a. in Deutschland gibt es eine Tendenz, dass einzelne Bezirke von bestimmten Einkommensgruppen dominiert werden.

Eine Rolle spielen in sozial schlechteren Gegenden vor allem Bildungsmöglichkeiten. Gerade in Gegenden mit Kinderarmut sind die Schulausstattung und die Schulresultate schlecht. Auch scheinen laut einer schwedischen Analyse unterprivilegierte Nachbarschaftsgegenden eher niedrige Bildungsergebnisse nach sich zu ziehen. Auch Sicherheitsaspekte und Verbrechensquote sind mit dem jeweiligen Wohnumfeld verknüpft. Zu verzeichnen ist eine wachsende Diskrepanz zwischen den Wohnumständen und der Lebenssituation. Dies basiert auf den unterschiedlichen Notwendigkeiten der Haushaltsformen (Lebenslaufphasen, finanzielle Unsicherheiten etc.), dem jedoch die Wohnungspolitik in Europa „Jeder besitzt ein Haus“ gegenüber steht, die die unterschiedlichen Wohnbedürfnisse nicht zufrieden stellt.

Deutschland richtet die staatliche Wohnungspolitik generell auf die breite Bevölkerung aus („universal coverage“). Zugleich wird dabei viel Wert auf privates

Wohneigentum gelegt. Der soziale Wohnungsbausektor nimmt dagegen ab.

Existential Field 4b: Lokalpolitik – Programme und “Best Practice Modelle”

Generell gibt es auf EU-Ebene keine übergreifenden Statistiken oder vergleichende Studien für das Feld der lokalen Familienpolitik. Auch wird auf dieser lokalen Ebene nicht mit dem Begriff „Familienpolitik“ operiert.

Eine entsprechende Datenanalyse muss daher auch andere Politiken, wie z.B. die Sozialpolitik zur Vermeidung oder Bekämpfung von Armut, mit berücksichtigen.

Seitens der EU ist bekannt, dass der lokalpolitische Bereich immer mehr Bedeutung gewinnt, zumal er einen Großteil der EU-Maßnahmen in die Praxis umsetzt.

In einem Vergleich von 2004 wurden von den Wohlfahrtsstaaten GB, Schweden, Frankreich und Deutschland die beiden Staaten Schweden und Deutschland als „lokale Wohlfahrtsstaaten“ klassifiziert, da sie sich durch ein hohes Niveau lokaler finanzieller und administrativer Verantwortung auszeichnen. Deutschland ist dabei charakterisiert durch eine große Rolle des ehrenamtlichen und Non-Profit-Sektors und von Familien (speziell im Bereich der informellen Fürsorge).

In Bezug auf „gute Praktiken“ mit den Merkmalen „erfolgreich, innovativ, möglicher Multiplikationseffekt, nachhaltig“, die durch Wirksamkeit, Reproduzierbarkeit, Übertragbarkeit, Innovation, Empowerment und Mainstreaming ergänzt werden können, wird auf die Europäische Allianz für Familien Datenbank verwiesen. Diese dokumentiert „gute Praktiken“ in den Bereichen: familienfreundliche Arbeitsplätze, Unterstützung für Eltern, aktive Vaterschaft, Hilfe für Kinder und junge Erwachsene, aktives Altern.

In Bezug auf Deutschland bezieht sich der Bericht auf die „Lokalen Bündnisse für Familien“. Eine Evaluation dieses Netzwerkes fehlt noch. Dennoch könne diese Allianz als eine „kohärente, explizite und legitime familienpolitische Maßnahme“ gewertet werden. In ihr besitze der lokale Level strategische Wichtigkeit: die

Einbeziehung und Kapazitäten der lokalen Einrichtungen und Organisationen entscheiden, in diesem Rahmenwerk, über Erfolg oder Misserfolg eines Projektes.

Für die Niederlande beschäftigt sich der Bericht mit der Gemeinschaftsschule, die –mit lokaler Finanzierung – vor allem in sozial schwachen Gebieten etabliert wird. Sie stellt durch Förderung über den Schulalltag hinaus die aktive Einbeziehung der Kinder in die Gesellschaft sicher, kümmert sich auch um die Eltern und arbeitet mit weiteren Partnern zusammen: Bibliotheken, Spielgruppen, Kinderbetreuung, Wohlfahrt. 2003 waren von 7.500 Grundschulen bereits 500 Gemeinschaftsschulen für Kinder von 0-12 J.

Für Frankreich wird das Projekt „Egalité des temps“ genannt, das sich mit der Zeitproblematik von Familien im modernen Leben befasst, Öffnungszeiten von Behörden, atypischen Arbeitszeiten, Kinderbetreuung etc. und mit einem Online-Projekt auch Serviceinformationen zur Zeitsynchronisierung für Menschen zur Verfügung stellt (Tic Tac, le temps à la carte, <http://www.tictac.rennes.fr/>).

Lokale Familienpolitik ist fast gänzlich unerforscht und wäre eine spannende Forschungsaufgabe. Dabei ist vor allem das Konzept des „Family Mainstreamings“ interessant.

Das UN Department of Economic and Social Affairs und das Europäische Parlament haben hierzu Definitionen entwickelt:

Die UN geht davon aus, dass

- bei jeder geplanten Aktion, inkl. der Gesetzgebung, Maßnahmen oder Programmen, die Implikationen für Familien identifiziert werden müssen;
- Familienbelange eine integrale Dimension des Designs, der Implementierung, des Monitorings und der Evaluation von Politik sein sollten;

- *die Stärkung familienzentrierter Politik und Programme ein Teil eines integrierten und umfassenden Ansatzes für Entwicklungsplanung sein soll.*

Dabei solle nicht nur die Familie als Ganzes, sondern auch die einzelnen Familienmitglieder in den Blick genommen werden. Die Ziele seien ähnlich wie beim Gender-Mainstreaming: Freiheit der Wahl, gleiche Beteiligung, keine Diskriminierung. Die Familie wird hier als Hauptzugang zu den Familienmitgliedern gesehen. So könne z.B. ein HIV krankes Kind nicht unterstützt werden, wenn man den Familienkontext nicht berücksichtigt; genauso könnten auch neu auftauchende Themen, wie beispielsweise die Aspekte der Vaterschaft, in eine Familienperspektive integriert werden.

Das EU-Parlament hat 2003 eine weitaus enger gefasste Definition entwickelt: Hier bedeutet Family Mainstreaming die Mitglieds- und Beitrittsstaaten zu bestärken, den Einfluss ihrer Politiken auf Familien zu analysieren. Die verschiedenen Dimensionen und Definitionen der Familie sollen berücksichtigt werden, um so den sozialen Einfluss der vorgeschlagenen Maßnahmen zu identifizieren.

Neue Forschungsbedürfnisse, Aktionen, Strategien und Politiken sollten folglich eine explizite Referenz zu „family mainstreaming“ bekommen.

Existential Field 5: Muster und Trends des Familienmanagements in der Europäischen Union

Dieser Bericht konzentriert sich auf einen Forschungsüberblick zur Zeitnutzung von Männern und Frauen mit Kindern, auf die Forschung zur bezahlten und unbezahlten Arbeit sowie die Zeitverwendung in den Familien. Der Fokus liegt auf heterosexuellen Paarfamilien, insbesondere auf Familien mit Kind(ern) im Haushalt. Das Thema trägt einen starken Genderaspekt, denn bezahlte und unbezahlte Arbeit ist in *allen* europäischen Gesellschaften zwischen Frauen und Männern ungleich verteilt.

Die Bereiche „bezahlte Erwerbsarbeit“, „Haushaltspflichten“ und „Kindererziehung“ sind stark miteinander verknüpft. Oft wird (ex- oder implizit) in der Literatur angenommen, dass die Entscheidung über bezahlte Arbeit zugleich die Entscheidung darüber fällt, wie nicht bezahlte Hausarbeit und Kindererziehung im Haushalt aufgeteilt werde. Dies ist aber nicht determiniert.

Das im Bericht genutzte Konzept ist dem Work-Life-Balance Konzept bzw. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angelehnt. Neben den Arbeitsmarktkonditionen und den politischen Bedingungen müssten aber auch kulturelle Aspekte und individuelle Präferenzen berücksichtigt werden.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen wird nicht als normativ verstanden, sondern als *ein* möglicher Weg, um mit den Bedürfnissen von Familien, ihren Beschränkungen und Möglichkeiten fertig zu werden. In Bezug auf die Fürsorgeleistung wird der Fokus auf Kinder gelegt, Ältere oder andere Familienmitglieder bleiben außen vor.

Methodologisch schwierig ist auch für dieses Forschungsfeld die Interpretation der vorhandenen Daten, auch die Nutzung unterschiedlicher Begriffsdefinitionen, z.B. die der „häuslichen Arbeit“ oder auch, ob Kinderbetreuung ein Extraposten in der Zeitmessung ist.

Es fehlen Feininformationen, wie beispielsweise das genaue Alter der Kinder in der Familie. Es gibt kaum komparative internationale Forschung für das Feld der unbezahlten Arbeit.

Bezahlte Arbeit

Schlüsseltrend in der Arbeitsteilung in den letzten Jahrzehnten in Europa ist der bedeutende Anstieg der *Erwerbstätigkeit von Frauen*. So haben die alten EU-15-Staaten ihren entsprechenden *Wachstumstrend* auch nach 1997 fortgesetzt und 2008 einen recht hohen Stand der Frauenerwerbstätigkeit, wenn auch mit Variationen, erreicht. Deutschland liegt bei 65,4%, die Nordischen Staaten um 70% (mittlerweile auch Österreich!) manchmal darüber.

Das Lissabonner Ziel für die Beschäftigungsrate von Frauen betrug für 2010 60%. Deutschland hat es übertroffen, wie viele andere Staaten ebenfalls.

Die neuen Mitgliedsstaaten in Mittel/Osteuropa haben, verursacht durch den politischen Wandel 1989/90, unterschiedliche Entwicklungen der Beschäftigungsrate erlebt, die zunächst deutlich absanken (Arbeitsmarktkrise). In diesen Ländern finden heute sehr unterschiedliche Entwicklungen statt: Die Frauenerwerbstätigkeitsquote liegt bei knapp über 50% in Polen, Ungarn und Rumänien. Dagegen liegt sie in Estland, Lettland, Slowenien bereits über 65%.

2008 ist die *Lücke zwischen der Erwerbstätigenrate von Männern und Frauen* kleiner geworden, auch wenn sie weiterhin beachtlich ausfällt.

Die Dynamik in der Beschäftigungsrate kann gut über das typische Alter des Kinderkriegens (Männer und Frauen) und dem jeweiligen elterlichen Erwerbstätigkeitsstatus ermittelt werden.

Wichtige *Ereignisse im Lebensverlauf*, vor allem die Geburt eines Kindes, lassen Paare ihre früheren Ar-

rangements verändern: Typischerweise reduziert die Mutter nach der Geburt eines Kindes ihre Aktivität auf dem Arbeitsmarkt. Männer mit Kindern arbeiten dagegen mehr als Männer ohne Kinder.

Festzustellen ist ein „Toddler-Effekt“: Mütter von Kindern unter 2 Jahren reduzieren ihre Arbeitsmarktaktivität in jedem EU-Staat (Ausnahme ist Malta, wo aber die Erwerbstätigkeitsrate von Frauen generell niedrig ist). Den größten Toddler-Effekt weist Tschechien auf (-50,4%), den geringsten Großbritannien (-18,2%). Der Kleinkindeffekt und – noch deutlicher – der Kindeffekt zeigen dann jedoch, dass für die Mehrheit der Mütter das Verlassen des Arbeitsmarktes nur temporär ist.

In Deutschland (2007) sind bei den 25-49 jährigen Frauen 73,3% berufstätig, mit einem Kind unter 3 Jahren sind es 54,3%, mit einem Kind zwischen 3-6 Jahren 63,5%, mit einem Kind unter 16 sind es 68,1%. Der Toddler-Effekt in Deutschland ist -19,0, Kleinkindeffekt -9,9, Kindeffekt -5,2 (OECD Family Database, EULFS data).

Die OECD Familien Datenbank gibt über den Einfluss der Elternschaft auf Männer keine so detaillierten Informationen. Generell arbeiten Väter häufiger als kinderlose Männer, von 12,1% (Finnland, Polen) bis 4,1% (Bulgarien).

In Deutschland beträgt die Berufstätigkeit von Männern zwischen 25-49 Jahren ohne Kinder 81,5%, mit Kindern sind es 90,6%. Der Kindeffekt beträgt +9% (Eurostat, 2009: 32.LFS data).

Teilzeitarbeit gilt als effektives Instrument für eine bessere Work-Life-Balance, allerdings mag dies bei atypischen Arbeitszeiten oder mit unfreiwilligen Elementen nicht der Fall sein. Es gibt klare Unterschiede: In Bulgarien beträgt weibliche Teilzeitarbeit unter 5% und in den Niederlanden mehr als 75%. Teilzeiterwerbstätigkeit ist generell am höchsten in den Niederlanden und den Nordischen Staaten und am niedrigsten in Süd- und Osteuropa.

In Deutschland beträgt die weibliche Teilzeitarbeit über 40%.

Die ansteigende Quote weiblicher Erwerbstätigkeit zieht einen deutlichen Wandel in Bezug auf die Muster der Berufstätigkeit von Familien nach sich. Als stärkste Tendenz ist der Rückgang des *männlichen Alleinverdienermodells* im Laufe der Zeit zu erkennen.

Das alternative Modell von zwei Verdienern nimmt jedoch unterschiedliche Formen an. Das häufigste ist das Doppelvollzeitmodell. In Staaten mit hohen Arbeitsmarktproblemen findet man auch eine signifikante Anzahl von Familien, in denen beide Eltern nicht erwerbstätig sind.

In den EU-Staaten fallen die Verdiennermodelle sehr unterschiedlich aus: Wenn Teilzeitarbeitsplätze erhältlich sind, wird oft das modifizierte Alleinverdienermodell genutzt: Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau mit reduziertem Stundensatz. Selten ist der Fall, dass die Mutter Vollzeit arbeitet, der Mann mit reduzierten Stunden. Neben dem Vorhandensein von Teilzeitarbeit spielen aber auch andere Faktoren eine Rolle. Ohne Kinder arbeiten mehr als 50% der Paare EU-weit Vollzeit, außer in den Niederlanden, wo Teilzeitbeschäftigung weit verbreitet ist.

Erwerbstätigkeit in Deutschland (2006; Eurostat 2009:31:LSF data) für Erwachsene zwischen 25-49 Jahre. Beide erwerbslos: Mit Kindern 5%, ohne Kinder 4%; beide vollzeitbeschäftigt: mit Kindern 19%, ohne Kinder 56%; einer erwerbstätig, einer arbeitslos: mit Kindern 31%, ohne Kinder 19%; einer Vollzeit, einer Teilzeit: Mit Kindern 45%, ohne Kinder 21%.

Schlüsselfaktoren für die Geschlechtertrennung der bezahlten Arbeit:

Es gibt nur wenige Studien, die die gemeinsamen Erwerbsarbeitsmuster von Paaren beleuchten. Daher werden Informationen zu diesem Thema vor allem aus der „Frauenerwerbstätigkeitsliteratur“ herangezogen.

Als strukturelle Faktoren für die weibliche Erwerbsarbeit sind meist das elterliche Auszeitensystem, finanzielle Leistungen für Kinder und Kinderbetreuungseinrichtungen im Blick, weniger jedoch das Vorhandensein von Teilzeitarbeitsplätzen und flexiblen Arbeitsstunden etc. Neben den strukturellen Faktoren werden manchmal auch ökonomische Determinanten wie das Nationaleinkommen und Arbeitslosenquote einbezogen. Auch sollten kulturelle Faktoren und individuelle Charakteristika beachtet werden.

Zu den *individuellen Einflüssen* auf die Beteiligung von Frauen bei der Erwerbsarbeit zählen vor allem: *ob die Frau bereits ein Kind hat und die Anzahl und das Alter der Kinder.*

Das hier auch oft angewandte Argument wird aus der „Labour Supply“-Theorie übernommen: Wenn einer von zwei Elternteilen ein höheres Verdienstpotalential hat, wird dieser - meist der Mann – sich auf Erwerbsarbeit konzentrieren, der andere auf die unbezahlte Arbeit, Kindererziehung und Haushalt. Und dies geschieht zudem ansteigend, wenn die Zahl der Kinder steigt. Die daraus resultierende geschlechtsbezogene Arbeitsteilung werde durch kulturelle Normen bestärkt.

Viele Studien haben die Tendenz bestätigt, dass Mütter weniger am Arbeitsmarkt teilnehmen und dass sie dazu tendieren, weniger Stunden als Frauen ohne Kinder zu arbeiten. Frauen mit jüngeren Kindern nehmen eher einen Teilzeitjob an. Bei Frauen mit Kindern über 6 Jahren ist keine solche Präferenz festzustellen, aber wenn zwei oder mehr Kinder im Haushalt sind, wird die Arbeitszeit signifikant verkürzt.

Weitere Faktoren:

- **Heirat:** In ganz Europa ziehen sich Frauen nach einer Heirat deutlich vom Arbeitsmarkt zurück, z.T. auch ohne Kinder. Dies lässt sich für Mittel/Osteuropa nicht feststellen, allerdings zeigte der Heiratsstatus Mitte der 1990er Jahre in einem Vergleich von 19 Staaten keinen besonderen Effekt auf den Status von Frauen in Selbstständigkeit.

In Studien bringen Indikatoren über den Ehestatus keine Differenzierung in Bezug auf den Effekt ob man in einer unverheirateten Partnerschaft oder als Alleinerziehende lebt. Alleinerziehende arbeiten eher Vollzeit, sind aber auch öfter arbeitslos als Mütter in Zweielternfamilien

- **Bildung:** Bessere Bildung erhöht die Arbeitsmotivation, das konnte für die meisten Westeuropäischen Staaten in den mittleren 1990er Jahren festgestellt werden. Für Deutschland, Niederlande und Bulgarien wurde dies für die Zeitspanne 1980-2000 untersucht.
- **Strukturelle Faktoren:** Die Entscheidung von Frauen in Bezug auf Erwerbsarbeit kann und wird durch die vorhandene Infrastruktur beeinflusst, das haben zahlreiche Studien nachgewiesen.

Um nationale Unterschiede zu interpretieren, wird oft auf Einordnungen von Esping-Andersen zurückgegriffen (Begrifflichkeiten der Familialisierung und Defamilialisierung, mit diesen zwischen Systemen unterschieden wird, in denen die traditionellen Familienfunktionen noch bedeutend sind und jenen, in denen viel dieser Funktionen entweder vom Staat oder vom Markt übernommen werden – vgl. Existential Field 3).

Deutschland ist den „konservativen Wohlfahrtsstaaten“ zugeordnet.

Studien haben gezeigt, dass Wohlfahrtsstaaten einen starken Einfluss auf die Berufstätigkeit von Frauen ausüben.

In einer Analyse wurden 6 EU und 6 Nicht-EU-Staaten analysiert, wobei Österreich und Deutschland einen mittleren Unterstützungslevel für Müttererwerbstätigkeit erhielten.

Großbritannien offeriert nur eine niedrige Unterstützung, Schweden und Italien haben einen hohen Unterstützungswert.

Zugängliche und bezahlbare Kinderbetreuung ist ein weiterer wichtiger Faktor: Bei einer Analyse von 13

westeuropäischen Staaten zeigte sich: Öffentliche Kinderbetreuung erklärte ein Drittel der beobachteten nationalen Differenzen in Bezug auf den „Kindeffekt“.

Interessanterweise zeigt sich, dass Mütter von Kindern von 0-3 vorhandene Betreuungsstrukturen annehmen, dass ihr Beispiel sich aber auch auf andere Frauen auswirkt. Dieser Einfluss ist signifikant auf verheiratete Frauen generell und insbesondere auf Mütter bereits älterer Kinder. Öffentliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten reduzierten den bereits weiter oben erwähnten „Kindereffekt“ um ein Drittel.

Weiteren Untersuchungen zufolge hat öffentliche Kinderbetreuung für Kinder von 0-2 Jahren keinen signifikanten Effekt auf die Teilzeitarbeitstätigkeit ihrer Mütter - jedoch auf ihre Vollzeitarbeit.

Kinderbetreuung für Kinder im Alter von 3-6 Jahren wiederum tendiert dazu, Teilzeitarbeit von Müttern zu erhöhen, aber nicht, eine Vollzeitätigkeit wahrzunehmen.

Stark untersucht ist auch der Einfluss von elterlichen *Auszeiten von der Berufstätigkeit* (Elternzeit etc.) Die Elternauszeiten sind in den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich geregelt, sowohl zeitlich als auch finanziell. Anders als bei der Kinderbetreuung gibt es unterschiedliche Effekte. Die kurzzeitigen Effekte eines großzügigen Auszeitensystems werden generell als positiv betrachtet: Rückkehr an den Arbeitsplatz durch Jobgarantie. Sehr lange Unterbrechungen der Berufstätigkeit werden skeptisch gesehen. Die entsprechenden Argumente sind die mögliche „Entwertung humanen Kapitals“, die Reduzierung des Lohnpotentials von Frauen etc.

Es gibt auch Aussagen, dass sehr lange Auszeiten die Wahrscheinlichkeit von Müttern, Teilzeit zu arbeiten, vermindert, jedoch längerfristig die Wahrscheinlichkeit erhöht, direkt wieder Vollzeit zu arbeiten. Ähnliches lässt sich für großzügige Vergütung feststellen.

Kaum erforscht sind die Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die nicht die Staaten bereitstellen, sondern die Unternehmen und Arbeitgeber.

Arbeitslosigkeit: Die Rate der Arbeitslosigkeit von Frauen korreliert negativ mit der Rate von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Hohe Raten von männlicher Arbeitslosigkeit erzeugen vermutlich einen anwachsenden Anteil weiblicher Erwerbstätigkeit.

Kulturelle Faktoren: In der „Präferenz-Theorie“ wird zwischen arbeitszentrierten, heimzentrierten und adaptiven Frauen unterschieden. Die Mehrheit gehört zu den adaptiven Frauen, die einen Strategiewechsel schnell durchführen können und damit ist zu erwarten, dass sie auf veränderte Politiken reagieren. Es gibt dazu verschiedene Theorien, generell lässt sich jedoch sagen, dass kulturelle Einflüsse vor allem auf der individuellen Ebene eine Rolle spielen.

Unbezahlte Arbeit

Angestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen stellt das konventionelle Familienmanagement, die häusliche Aufgabenverteilung und das Wohlergehen von Kindern vor neue Herausforderungen. Erwerbstätigkeit von Frauen bedeutet weniger Zeit für häusliche Arbeit und mehr Druck auf Männer, zusätzliche Verantwortung im Haushalt zu übernehmen.

Seit 1985/89 gibt es zu den Trends und den Genderunterschieden im Bereich der unbezahlten Hausarbeit eine intensive soziologische Forschung.

Haupttrends und länderübergreifende (Un-)Ähnlichkeiten in der Aufteilung unbezahlter Arbeit

Die Aufteilung der häuslichen Arbeit und der Elternarbeit hat sich trotz zunehmender Erwerbsarbeit von Frauen in den vergangenen 20 Jahren nicht radikal geändert.

Häusliche Arbeit

Zeit-Studien in den einzelnen EU-Staaten, aber auch Datenerhebungen, nutzen verschiedene Klassifikationen, so dass ein genauer Vergleich der Forschungsarbeiten schwierig ist. Durchschnittlich erledigen die Frauen (18 EU-Staaten im Vergleich) 66% der Hausarbeit und sie widmen sich der täglichen Hausarbeit eine Stunde mehr als Männer. Bei Berufstätigen zeigt sich, dass angestellte Männer täglich 1h40 weniger Hausarbeit erledigen als berufstätige Frauen.

In Deutschland beträgt der Unterschied in der häuslichen Arbeit jedoch weniger als eine Stunde. Für Westdeutschland gilt die Beteiligung der Männer an der Haushaltsarbeit als mittel, für Ostdeutschland dagegen als hoch.

Postsozialistische Staaten scheinen stärker unterstützend für eine gleiche Verteilung der häuslichen Arbeit zu wirken als westliche Staaten – mit Ausnahme Polens.

Übergreifend zeigen Studien für verschiedenste Staaten, dass Frauen stärker die Routinearbeiten (Putzen, Wäsche, Abwasch) übernehmen, Männer dagegen die zeitweilig anfallenden Arbeiten (Kochen, Kinderbetreuung, Autopflege, -reparatur, Müll).

Generell ist auch die Hof-/Gartenpflege, Heizen, Wasserversorgung etc. typisch für männliche Haushaltsarbeit – mit Ausnahme GBs, Belgiens und Deutschlands.

Ein internationaler Standard zur Bemessung häuslicher Arbeit in internationalen Studien fehlt.

Elternaufgaben

Die Daten des European Working Condition Survey (EWCS) zeigen, dass Frauen den Löwenanteil der Kinderbetreuungsaufgaben erledigen. Die am ehesten gleiche Arbeitsverteilung zwischen Frauen und Männern findet sich in den Niederlanden, den Nordischen Ländern (und auch der Schweiz), wo Frauen mehr als doppelt so viel Zeit auf Kinderbetreuungsaufgaben verwenden (etwa 16 St./Woche) im Vergleich zu Män-

nern (7 Std./Woche). Der größte Gender-Gap zeigt sich für GB.

Die Haushaltsstruktur und die Anwesenheit von Kindern sind stark an die Zeitverwendung gebunden. Die Verteilung von Zeit zwischen Paaren ist am stärksten durch die Anwesenheit von Kindern unter 7 Jahren beeinflusst. Männer erhöhen ihren Anteil an der Hausarbeit, wenn sie in Haushalten mit Kindern leben – und noch stärker, wenn die Kinder klein sind.

Interessante Daten finden sich im Eurostat Pocketbook von 2004, das auch zwischen Kindern bis 6 Jahre und Kindern von 7-17 Jahren unterscheidet.

Deutsche Männer verbringen 59 Minuten täglich mit ihren Kindern unter 6 Jahren: Das ist exakt der Durchschnitt der miteinander verglichenen Staaten.

Am stärksten engagieren sich Norwegische Väter (73 min.), französische Väter am wenigsten (40 min.). Berufstätige Mütter verbringen etwa doppelt so viel Zeit mit ihren Kindern wie die berufstätigen Väter. Die Zeitmessung ist für diese Studien jedoch generell schwierig zu erfassen, denn oft werden Tätigkeiten im Haushalt gleichzeitig erledigt.

Nach der OECD Family Datenbank zeigt sich, dass mehr Zeit auf Betreuung verwendet wird, wenn mehrere Kinder im Haushalt sind.

Eltern aus Deutschland, GB und Schweden verwenden die meiste Zeit auf Kinderbetreuung, am geringsten ist der Zeitaufwand in Lettland und Frankreich (OECD 2006).

Viele Studien, auch für Deutschland, zeigen: Mütter – egal ob berufstätig oder nicht – verwenden mehr Zeit auf ihre Kinder.

Dies gilt trotz gestiegener Berufstätigkeit von Frauen. Diese schlägt sich nicht überall in einer geringeren Zeitverwendung für elterliche Zeit nieder. Zwar verbringen berufstätige Mütter etwas weniger Zeit mit Betreuung als nicht berufstätige Mütter, aber der Gesamttrend ist positiv, mit deutlichen nationalen Unterschieden. Voll berufstätige Väter verbringen im Jahr

2000 mehr Zeit mit ihren Kindern (ca. eine Stunde) als 1960 (0,4 Stunden).

Schlüsselfaktoren für die Geschlechtertrennung der Haushaltsarbeit und der Arbeit der Kinderbetreuung

Berufstätigkeit:

Folgt man dem Argument der Verfügbarkeit von Zeit, so investiert der Partner, der mehr Zeit hat, mehr in den Haushalt.

Aber es zeigt sich: Trotz wachsender Berufstätigkeit verwenden Frauen mehr Zeit auf die Haushaltsführung als Männer; sowohl berufstätige als auch nicht berufstätige Mütter haben ihren Zeitaufwand für Kinderbetreuung sogar erhöht.

Erwerbstätige Männer arbeiten weniger im Haushalt als erwerbstätige Mütter Ausnahme: Männer mit atypischen Jobs und befristeten Verträgen. Allerdings hat die Art der Beschäftigung (Teil- oder Vollzeit) keinen Einfluss auf den Beitrag der Männer zur Hausarbeit.

Die „Ressource-Power-Perspektive“ geht davon aus, dass die Person mit mehr Einkommen und einem höheren Berufsstatus sich weniger mit Haushalt und Kinderbetreuung befasst, da sie sich durch die besseren Ressourcen in dem Entscheidungsfindungsprozess durchsetzt.

Wenn man das relative Einkommen als Variable nimmt, sieht es wie folgt aus: Nähern sich Einkommen und Status der Partner an, wird mehr Arbeit geteilt. Der Gender-Pay-Gap dürfte die fehlende Balance zwischen Partnern noch unterstützen. Studien zeigen, dass Männer mehr Hausarbeit erledigen, wenn ihre Frauen mehr verdienen.

Diese Theorie wird durch andere relative Ressourcen modifiziert. Frauen erledigen zwar weniger Haushalt, wenn sie besser verdienen. Dies gilt aber nur bis zu einem bestimmten Punkt, darüber hinaus übernehmen sie generell mehr Hausarbeit.

Wichtig ist auch der Faktor Bildung: Berufstätige, gut gebildete Frauen machen weniger Hausarbeit als andere berufstätige Frauen. Man geht davon aus, dass sie in der Partnerschaft eine gendergerechtere Aufteilung des Haushaltes verhandeln. Für den Bereich der Kinderbetreuung gilt, dass besser gebildete Eltern ihren Kindern täglich mehr Zeit widmen - etwa 40-50 Minuten mehr.

Auch die Genderperspektive spielt bei der Arbeitsverteilung eine Rolle: Männer mit weniger traditionellen Geschlechterideologien arbeiten mehr im Haushalt.

In einem Projekt aus dem Jahr 2005 mit neun europäischen Staaten, zeigen sich Paare aus Deutschland mit einem hohen Grad von Befürwortung von gendergerechten Haltungen.

Gleiches gilt für Österreich und die Schweiz. Einen geringen Grad wies z.B. Italien auf; Belgien und Finnland einen mittleren.

Strukturelle Faktoren:

Teilung der Hausarbeit beruht auf vielen interaktiven Faktoren auf verschiedenen Ebenen.

Individuelles Verhalten kann nicht ohne Umwelt betrachtet werden. Hierzu entstanden in den letzten Jahren als theoretische Perspektiven: Genderkonstruktion, ökonomische und Austauschperspektiven, institutionelle Einflüsse, sozialistisch-feministische Theorien. Keines dieser Konzepte jedoch ist eine exklusive, bestimmende Theorie geworden. Dennoch geht man davon aus, dass Staatspolitik, wirtschaftliche Entwicklung, das Niveau der Gendergerechtigkeit und die Charakteristika des Wohlfahrtssystems Einfluss auf die Aufteilung der Hausarbeit hat.

Eine Studie zeigt, dass in der Verhandlung über Hausarbeit die Beschäftigungssituation der Frauen und die Genderideologie in den Staaten weniger Verhandlungskraft besitzen, in denen es weniger Gendergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und auch in den politischen Sphären gibt.

Als positives Beispiel wird neben Schweden und Norwegen auch der östliche Teil Deutschlands hervorge-

hoben (in der Kategorie „ehemaliger sozialistischer Staat“).

Schlussfolgerung: Veränderungen im Mikro-Bereich sind vermutlich nicht genug, um eine gleiche Aufteilung der häuslichen Arbeit zu erreichen, wenn der Makro-Bereich der Gender-Ungleichheit zementiert bleibt.

In einer anderen Studie wird Deutschland (auch Österreich und Luxemburg) mit dem Modell „Lange Elternzeit, Teilzeit-Modell“ eingestuft, war zuvor jedoch vor allem durch das männliche Alleinverdienermodell charakterisiert.

Schlussfolgerungen des Berichts:

Das Doppelverdiener - Doppelkarrieremodell ist bislang ein eher theoretisches Konzept, wenn man es in Bezug auf das gesamte Europa betrachtet. Eine der stärksten Veränderungen ist der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen, der Gender-Gap in der Erwerbsarbeit verringert sich weiterhin. Die Dominanz des Alleinverdienermodells ist geringer geworden, aber es gibt kein neues, klar vorherrschendes, dieses Muster ersetzendes Modell. Die Verteilung der unbezahlten Arbeit korreliert nur lose mit der Verteilung der Erwerbsarbeit, die Familienmanagementsysteme werden modifiziert. Zudem variieren die Erwerbsmodelle der Paare im Laufe ihrer Lebenszeit. Nach der Typologie der Wohlfahrtsstaaten zeigt sich, dass am ehesten Italien, Griechenland und Spanien mit dem Typus der konservativen Länder im Feld bezahlte/unbezahlte Arbeit korrelieren.

Weniger voraussagbar sind die Ergebnisse beispielsweise für Deutschland, Österreich, Frankreich, bei de-

nen eine stärkere Unterstützung für weibliche Erwerbsarbeit vorhanden ist.

Die Datenlagen bleiben insgesamt jedoch unklar, vor allem auch, weil Kinder bei der Erhebung der Erwerbstätigkeit ihrer Eltern nicht oder kaum nach Alter differenziert werden.

Existential Field 6a: Soziale Fürsorge und soziale Dienstleistungen

Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Thema Soziale Fürsorge³ von einem Randthema zu einem Kernbereich in der Sozialpolitik und der Sozialforschung geworden. Mittlerweile ist es ein gesellschaftliches und politisches Thema.

Die Definition der „Sozialen Fürsorge/social care“ in diesem Bericht bezieht sich auf die Unterstützung und Beaufsichtigung, die geleistet wird, um Kindern oder Erwachsenen bei ihren alltäglichen Aktivitäten zu helfen. Dies kann durch bezahlte oder unbezahlte Arbeit erfolgen, durch dafür ausgebildete oder nicht ausgebildete Personen und in der öffentlichen oder in der privaten Sphäre. Formale Betreuung wird von öffentlichen, kommerziellen und freiwilligen Organisationen geleistet, informelle Betreuung von Familienmitgliedern, Verwandten und anderen. In diesem Bericht der FAMILYPLATFORM wird die Forschung seit Mitte der 1990er Jahre berücksichtigt. Die Perspektive ist die der Familien und der Familienmitglieder, der Fokus liegt auf den Fürsorgenotwendigkeiten von Familien und Familienmitgliedern, aber auch auf der Familie als Versorgerin für Betreuung. Familie wird in dem Begriff offen definiert, d.h. über die Kernfamilie hinaus.

Zu beachten ist bei diesem Thema: Forscher/innen gehen in den entsprechenden Studien zumeist von ihrem eigenen kulturell- fürsorgegeprägten Hintergrund aus, so dass auch ihre Forschungsfragen und Analysestile entsprechend geprägt sind. Politisch ist die Fürsorgeproblematik davon geprägt, dass mehr Frauen in Erwerbsarbeit gehen, Gendergerechtigkeit und gleiche Chancen angestrebt werden.

Die EU-Kommission betont beispielsweise die Bedeutung der Kinderbetreuung für eine Anzahl weiterer politischer Ziele – nicht nur Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum, sondern auch die Sozialisie-

rung von Kindern und soziale Inklusion (qualitative Betreuung!).

Menschen mit Behinderungen und ihre Betreuungsbedürfnisse werden in der komparativen Fürsorgeforschung weithin ignoriert, genauso wie in Fürsorgepolitiken. Auch Behinderungsforscher/innen haben das Fürsorgekonzept zurückgewiesen, weil diese Perspektive die behinderten (und älteren) Menschen als passive und abhängige Rezipienten erscheinen lasse und nicht das Konzept des Empowerments und des aktiven Lebens unterstütze.

Seit Mitte der 2000er hat die Europäische Union mehrere komparative Forschungsprojekte zur Fürsorge in Leben berufen, beginnend mit dem SOCCARE Projekt 2000-2003.

Kernthemen der aktuellen vergleichenden „Soziale Fürsorge“-Forschung

Soziale Fürsorgesysteme

Über die Herausarbeitung und Klassifizierung von sozialen Fürsorgesystemen besteht keine Einigkeit. Auch das „Nordische Fürsorgesystem“ wird wegen der unterschiedlichen Entwicklungen in seiner Existenz als Idealtypus hinterfragt. Generell scheinen sich die Europäischen Staaten jedoch in ihren Sozialen Fürsorgesystemen anzugleichen. Die stärksten Unterschiede gibt es nach Meinung der Forscher zwischen Süd- und Nordeuropa. Dennoch gibt es keine Einigkeit darüber, ob es sich hierbei um unterschiedliche Typen von Fürsorgesystemen handelt.

Für Deutschland und Österreich gilt: Informale Betreuung ist wichtig, sie wird subventioniert.

³ Anmerkung AGF: „Social Care“ ist ein sehr umfassender Begriff. Er wird hier zumeist mit Sozialer Fürsorge übersetzt, da ihm eine Reduzierung auf „(soziale) Betreuung“ nicht gerecht wird.

Interessant ist die Entwicklung in Finnland: Das erste Mal seit den 1980ern gibt es zwei, einander jedoch zuwiderlaufende Trends in der Kinderbetreuungspolitik: Es gibt eine graduelle Expansion der Tagesbetreuung, zugleich jedoch wird eine finanzielle Hilfe für die Hausbetreuung geleistet.

Allerdings ist die Vollzeit-Mutterschaft für finnische Frauen nur eine temporäre Phase in ihrem Lebenslauf. Dieser rasche Wandel jedoch lässt sich nicht allein durch die finanzielle Unterstützung der Mütter erklären. Durch die starke ökonomische Rezession der frühen 1990er gab es rapide Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Auch scheint es veränderte Haltungen zu geben. Wissenschaftler sprechen von einem „neuen Familialismus“ oder einer Wandlung zu einer neuen Art von Vollzeitmuttergesellschaft. Dazu dürfte auch die Rhetorik des „Kindeswohls“ bzw. die „elterliche Wahl“ beigetragen haben.

In einer Vergleichsanalyse von europäischen Staaten (Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Frankreich, Niederlande) erscheint in Bezug auf De-familialisierung nur Deutschland stereotyp als „Kontinentaleuropa“, mit einer sehr geringen Kapazität von De-Familialisierung im Bereich Kinderbetreuung und Fürsorge für ältere Menschen.

Kinderbetreuungspolitiken, arbeitende Mütter, Vereinbarkeit

Das am besten analysierte Feld der Fürsorge ist die Kinderbetreuung. Einige Forscher gehen davon aus, dass sich in den meisten westlichen Wohlfahrtsstaaten die Entwicklung vom alleinigen Brotverdienermodell zu einer „Familie arbeitender Erwachsener“ verschiebt, zudem vom „passiven“ zum „aktiven“ Wohlfahrtsstaat. Viele Forschungen untersuchen auch die Gendergerechtigkeit, die unbezahlte Arbeit und betonen, dass Betreuung weder voll defamilialisiert noch voll familialisert werden kann.

Auch die Möglichkeiten von Vätern sind mehr in den Fokus der Forschung geraten, hier gilt Deutschland

wegen der Elternzeit als Staat mit „vatersensitivem Auszeitmodell“.

Auch Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Portugal, Slowenien, Spanien und Schweden gelten als Staaten mit „vatersensitivem Auszeitmodell“.

Der Barcelona-Gipfel 2002 beschloss, dass bis 2010 für mindestens 33% der Kinder unter 3 Jahren und für mindestens 90% der Kinder über 3 Jahren bis zum jeweiligen Schuleintrittsalter Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden soll. Im Unterschied dazu hat die EU jedoch kein spezielles Ziel für die Tagesbetreuung von Schulkindern.

Die Raten für die Kinderbetreuung sind in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und variieren beispielsweise für 0-2 Jährige von 73% in Dänemark zu 2% in der Tschechischen Republik. Die Autoren der Vergleichsstudie weisen darauf hin, dass die Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen keine direkte Antwort darauf geben kann, ob der Bedarf voll gedeckt wird. Der tatsächliche Bedarf an Kinderbetreuung wird bestimmt durch die Erwerbstätigkeitsrate von Eltern (Müttern), Erwerbstätigkeitsquoten, Länge der Elternauszeit, Öffnungszeiten von Schulen, Vorhandensein von Alternativen, wie z.B. der Großeltern oder anderen informellen Arrangements. Weitere Forschungen zeigen, dass die Eltern ihren Bedarf an Kinderbetreuung informell decken, oft zu mehr als der Hälfte der benötigten Zeit. Speziell der Bedarf an Betreuung für alleinerziehende Mütter wird in allen (untersuchten) westeuropäischen Staaten nicht gedeckt; weder durch die formalen noch die informellen Ressourcen.

In Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gab es in der Forschung bislang eine starke Fokussierung auf Familienpolitik.

Wichtig wäre auch die Erforschung der Arbeitgeberkultur, z.B. ob Elternzeit in den Betrieben akzeptiert wird.

Wichtig sind neben den formalen Betreuungsmöglichkeiten auch die informellen Betreuungsstrukturen, das Erwerbstätigkeitsverhalten der Mütter (und Väter) und die für sie verfügbaren Optionen.

Soziale Fürsorge für ältere Menschen

Nach dem EUROFAMCARE Projekt sind zumeist physische Krankheit, Behinderung oder eine andere Abhängigkeit der älteren Person Anlass für familiäre Pflege.

Frauen sind nach den Ergebnissen dieses Projekts die Hauptpflegepersonen (76%) und stellen auch die meisten Personen, für die gesorgt wird (68%). Fast 50% der Pflegenden sind die Kinder der gepflegten älteren Person. Mehr als die Hälfte der Pflegenden lebt im selben Haushalt wie die zu pflegende Person.

Die Pflegenden haben weniger als das Durchschnittseinkommen zur Verfügung, resultierend aus der Mit-Bezahlung für Pflegeservices und einer gleichzeitigen Reduzierung der Erwerbstätigkeit. Nur 4% der Pflegenden und 37% der Gepflegten erhielten Pflegegeldleistungen, wobei hier in den Mitgliedstaaten starke Unterschiede zu verzeichnen sind. Forscher gehen davon aus, dass alle Staaten sich in Richtung einer häuslichen Pflege bewegen, also die Richtung einer privaten Bereitstellung von professioneller Pflege und Geldleistungen für die Pflege von älteren Menschen.

Deutschland sucht diesbezüglich - wie auch Österreich, Frankreich, Luxemburg - eine Lösung in einer Versicherung/ einer generellen Absicherung.

Andere Staaten dagegen nehmen die staatliche Verantwortung (Schweden, GB, Finnland, Dänemark), das Prinzip der sozialen Assistenz (Griechenland, Italien, Spanien) oder die verpflichtende Familienhilfe (Ungarn, Polen; Bulgarien) als Konstrukt an.

Forscher sehen in Europa trotz aller nationalen Differenzen generell *zwei ähnliche und zudem simultane Haupttrends*: einerseits Privatisierung und Marktbezogenheit der formalen, professionellen Pflege, andererseits (Re-)Famialisierung der Pflege mit oder auch ohne finanzielle Kompensation. Es zeigt sich: Die Diskussion der Pflege für Ältere wird anders als die Diskussion um die Kinderbetreuung geführt. Zu ihr gehören Konzepte wie die „integrierte Pflege“ (Kombination von gesundheits- und sozialen Dienstleistungen) und die „Langzeitpflege“.

Es fehlen Studien, wie z.B. komparative Studien zu den Fürsorgedienstleistungen für Ältere.

Intergenerationelle Fürsorgebeziehungen

Über die Aufteilung der Fürsorgeverantwortung Staat/Familie, Mann/Frau hinaus interessiert mittlerweile auch das Feld der intergenerationellen Beziehung im Fürsorgebereich: Nicht nur, inwiefern Kinder für ihre alten Eltern sorgen, sondern auch, was Großeltern (Großmütter) für ihre Enkelkinder an Betreuung leisten.

Neuere Studien haben sich mit Fürsorgebeziehungen von älteren Menschen für ihre erwachsenen Kinder beschäftigt. Diese können auf Gegenseitigkeit beruhen, auch mit der Nutzung formaler Betreuungsmöglichkeiten kombiniert sein. Im Gegensatz zu gängigen Stereotypen lässt sich feststellen, dass intergenerationelle Solidarität lebendig und stark reziprok in allen Staaten ist – sowohl in der Zwei-, als auch in der Dreigenerationenbeziehung. Es zeigte sich auch, dass die „Doppelfrontbetreuung“ nicht so üblich ist, wie manchmal angenommen wird. Nur 4% der Männer und 10% der Frauen haben einer Studie zufolge eine solche Bürde zu tragen. Konkurrierende Fürsorgepflichten treten eher in Bezug auf die Betreuung von Enkeln und die der eigenen älteren Eltern auf.

Die Rolle von Familien und vor allem Frauen in den Familien ist weiterhin bemerkenswert für die Bereitstellung von Betreuung von Kindern, Pflege älterer Menschen und anderer Familienmitglieder.

Bei Untersuchungen, ob durch die formale Pflege die informelle, private Pflege ersetzt wird, ließ sich diese These nicht einfach bestätigen. Es ließ sich jedoch feststellen, dass professionelle Anbieter eher die herausfordernde, intensive und grundlegende Pflege übernehmen und die Kinder die freiwillige, weniger intensive und weniger beschwerliche Hilfe. Vergleichbare Resultate gibt es für die Betreuungsfürsorge von Großeltern für ihre Enkelkinder.

Hier zeigt sich in Deutschland ein hoher Anteil an sich kümmernden Großeltern, wie auch in Österreich, Niederlande und der Schweiz. Speziell für alleinerziehende Mütter erfüllen soziale Netzwerke eine ergänzende Rolle in der Kinderbetreuung.

Soziale Wohlfahrtsdienstleistungen für Kinder und Familien mit speziellen Bedürfnissen

Kinderwohlfahrtsdienstleistungen und Kinderschutz sind Themen mit wachsender Nachfrage in der komparativen Forschung. Übergreifende vergleichende Studien wurden in den Nordischen Staaten vorgenommen. Der Schwerpunkt liegt dabei meist auf den Arbeitspraktiken der Sozialarbeiter/innen in der Kinderwohlfahrt.

Generell ist dieser Bereich in der Forschung für soziale Fürsorge am wenigsten entwickelt.

Es gibt keine übergreifenden Studien über die Bedürfnisse von oder Dienstleistungen für behinderte Kinder und ihre Familien.

samkeit gewidmet werden. Zu beachten ist hier auch die „Politisierung der Kindheit“, da das öffentliche Interesse an Kindern und ihrer Bildung wächst („Investition in die Zukunft“, „soziales Kapital“).

- Globalisierung und Internationalisierung der Betreuung und Betreuungsarbeit mit ihren verschiedenen Formen und Konsequenzen.
- Trotz unterschiedlicher Fürsorgesysteme in den europäischen Staaten betonen die Forscher die Ähnlichkeiten stärker als die Unterschiede in der zukünftigen Entwicklung von sozialer Fürsorge.

Haupttrends der sozialen Fürsorge und sozialer Dienstleistungen

- „Social care goes public“ - die Formalisierung, Institutionalisierung und Professionalisierung der Fürsorgearbeit wird sich vor allem in der Kinderbetreuung fortsetzen. Das bedeutet aber nicht, dass Fürsorge als öffentliche Dienstleistung angeboten wird, sondern eher als Mischung zwischen öffentlichen und privaten / marktbasierten Angeboten.
- Soziale Fürsorge wird eine Kombination formaler und informaler Fürsorge bleiben.
- Kinderbetreuung wird Kern der sozialen Fürsorgepolitik bleiben, bezogen auf die Bedürfnisse der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Gerechtigkeitpolitik. Es wird der Qualität der Dienstleistungen, den Bildungszielen und den Inhalten formaler Kinderbetreuungsdienstleistungen mehr Aufmerk-

Existential Field 6b (Extrabericht): Soziale Fürsorge und Soziale Dienstleistungen - Die Entwicklung von Standards für Sozialarbeit, Sozialer Fürsorge und Dienstleistungen für Familien

Dieser Spezialbericht gibt den aktuellen Stand der Forschung über die Qualitätsstandards von familienbezogenen Dienstleistungen wieder, die im Lebensverlauf eine Rolle spielen, z.B. die Tagesbetreuungssysteme von Kindern oder Familienberatung.

Dabei werden zwei Aspekte beachtet: Qualitätsstandards der Betreuungseinrichtungen in EU-Staaten und Entwicklung von professionellen Standards für Arbeiter in Sozialen Berufen (social workers).

Zu beachten ist, dass die Definition von sozialer Arbeit nicht sehr klar ist und mit anderen Termini vermischt wird (soziale Dienstleistungen, Wohlfahrtsdienstleistungen, Sozialschutz, Soziale Unterstützung, Soziale Fürsorge etc.). Zudem sind Ausbildungsberufe und Studienberufe in den europäischen Staaten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Es gibt dazu einige vergleichende Forschungsberichte und Datenbanken: UNICEF: The Child Care Transition (2008), Europäische Kommission Expertgroup on Gender and Employment (EGGE, 2009), OECD Starting Strong (2006).

April 2008: Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQF) für Lebenslanges Lernen schlägt innerhalb der EU Qualifikationen für bestimmte Ausbildungen vor, auch für die Berufe in den Sozialen Dienstleistungen für Familien.

Soziale Arbeit mit Familien

Der Bologna-Prozess bedeutet für Staaten wie Deutschland, Österreich und den Niederlanden, dass sie ihre vormaligen Diplomstudiengänge in diesem Bereich auf 3-Jahres-BA-Studiengänge mit Abschluss verkürzen und zusätzlich einen MA-Studiengang anbieten müssen.

Der Bologna-Prozess wird in den Staaten unterschiedlich umgesetzt. Deutschland fordert, wie andere Staaten auch, einen 240-ECTS (European Credit Transfer System (ECTS)) - BA. Staaten wie z.B. England, Frankreich, Belgien fordern nur 180-ECTS, andere Staaten suchen einen Mittelweg.

Speziell in Deutschland scheint ein gewisses Durcheinander der Studiengänge Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu herrschen.

Neben den Fachhochschulen als Hauptanbietern, offerieren auch Universitäten BAs, MAs oder auch beides, in verschiedenen Disziplinen.

Personal für Kindertagesbetreuung

Der UNICEF-Bericht „Child Day-Care in Transition“ (2006) zeigt auf, dass hohe Qualifikationen für Kinderbetreuungspersonal in den Gesellschaften verlangt werden, die auch bei anderen Rahmenbedingungen für Familien und Kinder ein hohes Niveau haben. Der Bericht nutzt die Qualifizierung des Personals als Kriterium, um die Qualität der Kinderbetreuung zu messen.

Die Qualifikation von Kindergartenpersonal wird an sehr unterschiedlichen Ansprüchen gemessen - vom MA-Abschluss in Finnland bis zu „muss Lesen und Schreiben können“ in Portugal (EGGE 2009, 46). Die wichtigsten Faktoren für die Qualität der Kindertagesbetreuung sind das Zahlenverhältnis Kind-Personal und die jeweilige Gruppenstärke. Diese Faktoren variieren stark von Staat zu Staat.

Soziale Fürsorgemitarbeiter für Familien-dienstleistungen: Familienhelfer und Sozialbetreuer

Zu diesen Feldern gibt es kaum systematische komparative Analysen.

Karriere lässt sich in der Sozialbetreuung kaum machen, daher zieht dieses Feld weniger junge Leute und nur wenig Männer an, viele verlassen später dieses Berufsfeld. Beispielsweise im Bereich Kinderbetreuung ist zu erkennen, dass eine niedrigere Ausbildung bedeutet, dass Betreuer ihre Arbeit als Ersatz für die werktätigen Eltern der Kinder verstehen, nicht jedoch als Ergänzung zu den Eltern.

Tendenzen der aktuellen Entwicklung

1) Soziale Fürsorgedienstleistungen sind eine der am stärksten wachsenden Branchen der europäischen Wirtschaft

2) Es fehlt Personal für Fürsorgedienstleistungen, viel erfolgt über Zeitverträge

Es zeigt sich eine Verbindung von „wachsendem Bedarf“ und „versiegender Nachschub“: Die „Flexibilisierung“ der Arbeitsmarktregulierungen, gestärkt durch die Lissabon Strategie, wird bei den Fürsorgedienstleistungen breit angewandt. Die befristeten (Teilzeit-) Verträge können für das Personal in bestimmten Lebenssituationen nützlich sein. Jedoch sind für die meisten Arbeitnehmer/innen, und vor allem für die Nutzer/innen der Dienstleistungen, Dauerverträge und damit fortgesetzte Beziehungen in den persönlichen Dienstleistungen – vor allem für Familien mit Kindern – offensichtlich besser.

3) Wachsender Bedarf für vertrauenswürdige Dienstleistungsorte für Familien:

Unbefristete Verträge und andere Arbeitsbedingungen sind von grundlegender Bedeutung, um das Dienstleistungsfeld für qualifizierte Angestellte attraktiv zu machen. Neben öffentlichen Ein-

richtungen werden Familienzentren, Kinderzentren und ausgeweitete Schuldienstleistungen immer wichtiger. Die Angestellten müssen entsprechend zunehmend höhere Anforderungen bewältigen.

4) Forderungen nach verbesserten Qualifikationen, aber De-Qualifikation in der Praxis:

Die Notwendigkeit der „Aktivierung“ von (Langzeit-) Arbeitslosen und der Bedarf im sozialen Arbeitsmarkt führen zu einer faktischen De-Qualifikation der Fachkräfte.

Ein Beispiel sind die „Ein-Euro-Jobs“ in Deutschland, in denen Hunderttausende unqualifizierte Personen in soziale Einrichtungen zur Arbeit geschickt werden.

Ähnliche Systeme wurden in Dänemark und Finnland (hier: 50-St.-Kurs! versus hohe Fachqualifikation im Bereich der Sozialarbeit) eingeführt.

5) Europäischer Qualifikationsrahmen (EQF) im Prozess - internationaler Druck?

Der EQF soll darauf zielen, die Qualifikationsanforderungen in Europa zu vereinheitlichen – auf insgesamt höheren Standards als bisher. Bislang sind die Standards in Südeuropa deutlich unterhalb derer in Nord-Europa.

6) Globalisierung und Feminisierung:

Die Mobilität von Fachkräften hängt innerhalb und außerhalb Europas von den Lebensbedingungen, Einkommen etc. ab. Migration erfolgt daher meist aus den Baltischen Ländern, Polen und Südosteuropa in Richtung der reicheren EU-Staaten. Dafür wird der Fachkräftemangel in den von Migranten verlassenen Regionen zunehmen.

Männer verstärkt für den sozialen Bereich, vor allem für die Kinderbetreuung zu gewinnen, ist trotz Versuchen in zahlreichen Staaten erfolglos geblieben.

7) Bildung oder soziale Fürsorge - oder beides?

Der Mix von sozialer Fürsorge und Bildung wird umfassender, Länder wie Deutschland und GB bewegen sich verstärkt in Richtung Bildung von Kindern unter 3 Jahren.

Es gibt jedoch nur unzureichend viele ausgebildete Fachkräfte. Nicht zuletzt aufgrund der relativ geringen Bezahlung verlassen viele Fachkräfte dieses Arbeitsfeld wieder.

- 8) Berufe der Sozialen Fürsorge als Karriere mit Optionen
- 9) Lernen, mit Familien auf einer gerechten und Ressourcen-orientierten Basis zu arbeiten:

Oft reicht die Arbeit mit dem Kind oder den Eltern alleine nicht aus, stattdessen müssen alle Familienmitglieder mit einbezogen werden. Um dies zu leisten, ist jedoch häufig die Qualifikation der Fürsorgenden / des Personals nicht ausreichend.

Existential Field 7: Soziale Ungleichheit und die Diversität von Familien

Dieser Bericht basiert auf einer Literaturanalyse, vor allem auf englisch-, zum Teil auf französischsprachigen Studien und internationalen Statistiken (Eurostat, OECD, SILC etc.), EU-Forschungsprojekten, auch von deutschen Universitäten.

Soziale Ungleichheit in Gesellschaften Europas

Die Einkommensungleichheit und die ungleiche Verteilung von Einkommen für Deutschland haben von 2000 bis 2008 zugenommen. Dieser Trend zeigt sich auch in vielen anderen Staaten (Frankreich, Luxemburg, Schweden etc.). Die Mehrheit des angestellten Fachpersonals besteht aus Frauen (z.B. Deutschland, Polen, Ungarn), Führungskräfte sind aber hauptsächlich Männer. In Deutschland besitzen über 30% der Bevölkerung einen Hochschulabschluss. Dies ist vergleichbar mit der Situation in Frankreich, Belgien und Finnland.

Politiken, Familien und Integration: Bestandsaufnahme der Migrationsforschung in Europa

Deutschland, wie auch andere EU Staaten, hat gemessen am Kriterium der „ausländischen Bevölkerung“ einen größeren Anteil an Immigranten als die USA (Stand 2006).

Deutschlands GreenCard wurde im Jahr 2000 eingeführt. Ihr Hintergrund war die Anwerbung von Fachkräften in der Hochphase der IT-Branche seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Allerdings wurden die anvisierten Ergebnisse nicht erreicht.

Die Blue Card der EU, die 2011 in Kraft treten wird, ist ähnlich konzipiert. Die Arbeitsmarkt-migrationspolitik der EU richtet sich auf hochqualifizierte Fachkräfte. Seit den frühen 1990ern haben einige EU-Staaten – zuerst Deutschland und Schweden – Restriktionen in Bezug auf Asylsuchende erlassen.

Die Mehrheit der ankommenden Migration in vielen EU-Staaten ist heute „Familienmigration“ (44%), die – im Gegensatz zu früher – jetzt auch durch Frauen betrieben wird (Heirat, Nachholung von Familie und Kindern). Familienmigration wird – im Gegensatz zu früher – mittlerweile auch als integrationshemmend (durch Verstärkung traditioneller Familiennormen und Geschlechterrollen) bewertet. Ihre Formen sind: Familienzusammenführung, Familienformierung (Heirat), Migration ganzer (Kern-)Familien (nicht in allen EU-Staaten möglich).

In diesen Bereichen, vor allem auch zur weiblichen (Arbeits-)Migration fehlt Forschung, ebenso in Bezug auf das Familienleben der Migranten.

Es gibt sehr stark unterschiedliche Situationen von Türken, Marokkanern und anderen migrantischen Gruppen der zweiten Generation in den verschiedenen EU-Staaten. Eine neue Studie für Frankreich 2009 thematisiert das „unchaining of generations“, basierend auf einem Kulturschock zwischen den Eltern der ersten Generation und ihren Kindern, der zweiten Generation. Dieser Schock erleichtert die Integration der Kinder im Resultat.

Es gibt allgemein noch viel Forschungsbedarf in Bezug auf Migrationsprozesse, Migrationsstrategien in Familien (Maskulinitätsforschung z.B.), auf dem Arbeitsmarkt (Wohnungsstrategien, Arbeitsmobilität, Konflikt zw. Religion und Säkularität, Sprache, Lebenschancen von Kindern etc.).

Forschung über transnationale Migration (Leben in zwei Ländern) ist seit einigen Jahren stark angestiegen.

Es fehlen jedoch Datenerhebungen zur Migration, bislang war man auf Einkommen, Geschlechter und Arbeitsmarkt konzentriert.

Die Analysen zum Arbeitsmarkt zeigen, dass die stärkste Einbindung von Migranten im unqualifizierten Bereich stattfindet (oft auch als Resultat einer De-Qualifizierung, der Ausübung von Jobs unter dem Ausbildungsniveau), höherer Anteil in flexiblen und prekären Arbeitsverhältnissen, höhere Anfälligkeit auf Arbeitslosigkeit.

Familien und Armut

In Deutschland ist das Armutsrisiko für Kinder in Alleinerziehendenhaushalten fast dreimal höher als der nationale Durchschnitt für alle Haushalte mit abhängigen Kindern (2007).

Im EU-27-Durchschnitt besteht ein „nur“ doppelt so hohes Armutsrisiko für Kinder von Alleinerziehenden im Vergleich zu allen anderen Haushalten mit Kindern.

Deutschland war 2007 allerdings das einzige Land, in dem das Armutsrisiko für Kinder in Großfamilien sich kaum von dem aller anderen Haushalte mit Kindern unterschied.

Soziale Transfers haben einen recht wichtigen Einfluss auf Kinder in Deutschland, Zypern, Estland, da sich die Armutsrisikoquote deutlich verringert (um 16 Prozentpunkte in Dtl. 2010 bei Kindern unter 18 Jahren).

In Bezug auf die Weitergabe von Einkommensungleichheit zwischen den Generationen fehlen Daten über finanzielle Not in Deutschland, weil sie dort im Vergleich zu anderen EU-15 Staaten nicht erhoben werden; eine Erhebung fehlt auch in Griechenland, Portugal, Norwegen.

Einpersonenhaushalte:

In Deutschland und Italien hat vor allem eine Scheidung einen starken Einfluss auf die Armutsrisikoquote: In Deutschland steigt sie für Frauen auf 48%, in Italien

auf 34%. Scheidungsfolgen sind für Frauen stärker als für Männer und zeigen sich stärker in Deutschland und GB als beispielsweise in Frankreich oder Italien. Jüngere Frauen sind stärker betroffen. In Deutschland und Frankreich sind die älteren Jahrgangskohorten nach einer Scheidung besser als jüngere gestellt.

In Frankreich hat eine Scheidung für Frauen kaum einen Anstieg des Armutsrisikos zur Folge.

Der Zusammenhang der Balance von Fürsorgepflichten und Erwerbsleben ist ein wichtiger Faktor für Armut der Familie. Niedrigere Armutsquoten gibt es in Staaten, die mit ihrer Politik Erwerbsarbeit und Fürsorgeleistungen für Männer und Frauen in Balance bringen, höhere Armutsraten dagegen in Staaten, deren Politik allein auf die Erwerbsarbeit zielt und die einen markt-orientierten Ansatz für Fürsorgeleistungen haben. Eintritt und Verlassen der Armut hängen mit Familienkonstellationen zusammen. Scheidung bedeutet für Frauen oft Armut, seltener für Männer.

Umgekehrt jedoch bedeutet eine Heirat in Deutschland – im Gegensatz zu anderen Staaten – jedoch kaum einen Ausweg aus der Armut.

Frauen sind eher durch demographische Ereignisse betroffen, weniger durch die Jobsituation. Männer verarmen durch Jobverlust.

In einer Forschungssparte wird versucht, den Erfolg von Armutsbekämpfung mit der Art der Staaten zu verknüpfen, wobei Deutschland (als „korporatistischer“ Staat) zwar hinter den generell in der Armutsbekämpfung vorangehenden „sozialdemokratischen“ Staaten, aber vor den „liberalen Wohlfahrtsstaaten“ liegt.

Generell wird analysiert, dass die Versorgung von Familien mit Familienserviceleistungen stärker zur Vermeidung von Kinderarmut beiträgt als Transferzahlungen. Die Europäische Taskforce zu Kinderarmut und Kindeswohl (2008) stellte für die Wirksamkeit der Transferzahlungen fest, dass die Staaten mit der geringsten Kinderarmut auch die sind, die sich das

höchste Niveau an Sozialschutz und Verteilung leisten (können).

Frauen sind von Armut stärker betroffen als Männer. Dies beruht auf der ungleichen Aufteilung von Familienverpflichtungen (v.a. Kinderbetreuung und Pflege), die wiederum Beschäftigung und Einkommen beeinflussen.

Wohlfahrtsstaaten haben der Forschungsliteratur zufolge zwar Einfluss auf den Armutseintritt, jedoch nicht auf die Wahrscheinlichkeit des Verlassens der Armutssituation.

Als Forschungsproblem zeigt sich, dass Studien sich auf Einkommensarmut konzentrieren. Sie analysieren „arme Leute“, aber weitaus seltener die Erfahrung von Armut und wie diese das Familienleben und die Individuen innerhalb der Familie beeinflusst. Auch sollte der Haushalt/ die Familie stärker als Analyseeinheit genutzt werden, nicht (nur) das Individuum, auf das sich zumeist als Referenz bezogen wird. Dabei sollte dennoch das Individuum innerhalb der Familien betrachtet werden. Wichtig wäre auch Forschung über Ursachen, Erfahrungen oder Konsequenzen durch Armut und materieller Deprivation, ebenso wie die Produktion von Armut und ihre Weitergabe innerhalb von Familien.

Familien und familiäre Gewalt in Europa

Die Forschung hat sich recht stark, wenn auch mit unterschiedlichen Parametern, mit Gewalt (körperlich, psychisch) gegen Frauen beschäftigt. Seit einiger Zeit ist auch die Gewalt gegen Kinder im Blick. Mittlerweile entstehen auch eine Forschung zur Wechselwirkung von Gewalt und auch ein kleiner Fokus auf Gewalt gegen Männer und Beziehungsgewalt.

Kaum erforscht ist Gewalt gegen Ältere.

In Partnerschaften und Familien sind insbesondere schwangere Frauen gewaltgefährdet, aber auch Arbeitslose, Frauen mit Kindern, Frauen mit höherer Bildung als der Partner, Familien und Partnerschaften in Trennungsphasen sowie Frauen in Familien mit Alkoholproblemen. Kinder sind besonders in Familien mit Alkoholproblemen Gewalt ausgesetzt.

Die Vergleichbarkeit von Daten und Erhebungen ist nicht gegeben, Sekundärdaten sind notwendig.

Soziale Ungleichheit und Familien

Der Fokus der Wissenschaft auf die anhaltende Bedeutung von sozialen Ungleichheiten auf das Familienleben ist gering.

Soziale Ungleichheit spielt eine wichtige Rolle im Familienleben, Familien reflektieren soziale Ungleichheiten und sie reproduzieren sie: Familienhintergrund, Lebensstil, Ressourcen (materielle und soziokulturelle Vorteile), beeinflussen das Leben der Kinder und ihre Chancen. Eheleben und Familienleben unterstützen die soziale und die Geschlechterordnung. Familien sind möglicherweise der wichtigste Mechanismus für die Transmission von ungleichen Lebenschancen.

Interessant ist hierbei Folgendes: Der Bildungsanstieg hat zur Ausweitung von – in Bezug auf Bildung – *homogenen Partnerschaften* geführt. Das Doppelverdienermodell führt in Europa (unbeabsichtigt) zu einer verstärkten Ungleichheit von Familien. Bildungsärmere Familien sind im Vergleich benachteiligt: Der dort bevorzugte (alleinige) Brotverdienerstatus des Mannes führt zu einem unsichereren Familieneinkommen und die Frauen verdienen seltener „dazu“, da ihre Rolle stärker auf die Familienpflichten ausgerichtet ist. Familien mit höherem Bildungshintergrund neigen z.B. eher zu einer „assoziativen“ Familienform mit mehr Freiräumen, Autonomie und breiterem Netzwerk außerhalb der Familie sowie zur Frauenberufstätigkeit. Bildungsärmere Familien tendieren mehr zur einer „Bastions-Familie“, die deutlicher in sich geschlossen ist. Natürlich gibt es hierbei Abstufungen („Cocoon families“, „parallel families“).

Bei der *familiären Arbeitsteilung* lassen sich in Europa Gefälle feststellen, in einigen Nordischen Staaten liegt

die Beschäftigungsquote von Frauen bei über 70%. Sehr niedrig – unter 50% – ist sie hingegen in südlichen EU-Staaten (Griechenland, Italien, Malta); in Zentraleuropa (u.a. in Deutschland.) ist die Teilzeitquote recht hoch, welche wiederum in den postsozialistischen Staaten am geringsten ist.

Das 1,5-Verdiener-Modell ist für Deutschland, Österreich, Luxemburg, GB und Belgien typisch.

Je höher der Bildungshintergrund, desto stärker tritt das Doppelverdienermodell in den Vordergrund.

Frauen mit mittlerem und niedrigerem Ausbildungsbe- reich reduzieren ihre Erwerbstätigkeit als Mütter stärker als Frauen mit besserer Ausbildung.

Hierbei gibt es Forschungsbedarf in Bezug auf den Prozess von sowohl materieller und kultureller Reproduktion. Dies kann man nicht einfach mit der Erwerbstätigkeit von Müttern erklären. Wichtig ist auch die Berücksichtigung der Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in den Familien, zudem sollten Familien mit ganz jungen Kindern separat untersucht werden.

Aber es zeigt sich, dass Anspruch und Praxis auseinanderklaffen: Das Doppelverdienermodell ist generell in der Minderheit – auch in Skandinavien, obwohl es dort stark unterstützt wird.

In der Schweiz, Westdeutschland und Spanien ist das überwiegende Modell weiterhin das des männlichen Ernährers und der weiblichen Fürsorgerin.

In allen Staaten verstärkt die Anwesenheit von kleinen Kindern das klassische Gender-Modell, insbesondere gilt dies in den postsozialistischen Staaten.

Unbezahlte Haushaltsstunden werden vor allem von Frauen mit niedrigerer Qualifikation und geringerer Erwerbstätigkeit geleistet. Für die Arbeitswelt zeigt sich, dass Fachkräfte einem höheren Stundenvolumen und mehr Druck am Arbeitsplatz ausgesetzt sind. Junge Erwachsene mit guter Bildung haben mehr Work-To-Family-Beeinträchtigungen durchzustehen. Die mit mehr Autonomie am Arbeitsplatz sind jene, die einen stärkeren Arbeitsplatz/Familien-Konflikt auszuhalten haben. Familienarbeitsstress haben jedoch vor allem

Frauen, Männer werden kaum belastet. Für Fachkräfte ist es üblich, mehr Stunden zu arbeiten.

Dies gilt auch trotz flexiblerer Zeiteinteilung. Dabei handelt es sich um 10-12 Stunden im Schnitt. Seit den 1980er Jahren sind 31 Minuten zum Durchschnitt hinzugekommen. Befristete Arbeitsverhältnisse treffen vor allem Frauen (oft wegen Teilzeitarbeitsplätzen). Damit betreffen sie auch Fragen der Jobsicherheit, der sozialen Absicherung, Arbeitszeiten zu „unsozialen Stunden“ und Nacharbeit.

Familie als Transmissionsriemen der sozialen Ungleichheit:

- Mittelklassefamilien fördern Kinder durch stärkeren Zeitplan, außerschulische Aktivitäten, Wissenserwerb, Zeitmanagement, Problemlösung. Sie können Kindern zudem auch mit wenig Zeit effektiver zur Verfügung stehen (z.B. bei Hausaufgaben wegen entsprechender Bildung).
- Kinder aus einfacheren Familien, in denen die Freizeitgestaltung oft ganz frei den Kindern obliegt und diese jene mit Freunden verbringen, bekommen genau diese Art der (intergenerationellen) Mobilität und Erziehung nicht. Sie werden weniger gefördert, so dass die Ungleichheit gefestigt wird.
- Große Familiennetzwerke, meist von Frauen getragen, transportieren Unterstützung – auch finanzielle – und Fürsorge. Wohlhabende Familien sind mit besseren Netzwerken ausgestattet, die der ärmeren sind eher lückenhaft. So werden existierende Genderungleichheiten in Arbeitsteilung und in Eheverhältnissen weiter bestätigt.

Die Erforschung von sozialen Ungleichheiten war auf der Forschungsagenda der letzten Jahre nicht sehr hoch. Es wurde sich sehr auf die Armut von Familien konzentriert. Es gibt daher eine generelle Forschungsnotwendigkeit in Bezug auf soziale Ungleichheit und Familie auf nationaler und besonders auf zwischenstaatlicher Ebene. Notwendig sind mehr Informationen über soziale Ungleichheit und soziale Mobilität. Zudem gibt es nur sehr wenige Studien, die Typen der familiären Interaktion beschreiben und wie sie mit den sozialen und ökonomischen Ungleichheiten in den EU-

Staaten verbunden sind. Bisher wurde sich stark auf die Teilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit konzentriert und dies in Bezug auf Geschlechterrollen betrachtet. Familienstudien haben insofern einige Schwierigkeiten gehabt, eine eigene Forschungsagenda aufzubauen.

Weitere Forschungslücken beziehen sich auf die Strategien der Ungleichheit und der Prozesse, mit denen Familien soziale Ungleichheit reproduzieren bzw. vertiefen. Wegen der herausragenden Bedeutung von Bildung interessiert hier die Beziehung zwischen Ungleichheitsstrategien und Bildungskontext (inkl. Betreuung und frühkindliche Bildung).

Auch die Komplexität und die Nicht-Linearität zwischen den sozialen Determinanten und Familienleben sollte in zukünftiger Forschung in den Blick genommen werden. Auch bleibt die folgende Herausforderung für die Forschung: Wenn die Struktur von Beschäftigungs- und Bildungsungleichheit gleich bleibt, dann wird die ökonomische Unterstützung und Geldleistungen die sozialen Ungleichheiten zwischen den Familien nicht ändern. Forschungen in Bezug auf Gender- und soziale Ungleichheiten innerhalb und zwischen Familien, genauso wie in Bezug auf die (tatsächliche) Inanspruchnahme von Berechtigungen und Leistungen durch Familien von unterschiedlichen sozialen Gruppierungen, würden ebenfalls helfen, die auf Empirie basierende Politik zu verbessern.

Individualisierung) und der Herausbildung einer „dualen Gesellschaft“ (professionell mobile Gesellschaft mit einer „Unterklasse“ von Immigranten, arbeitslosen und unqualifizierten Menschen).

Zusammenfassung: Die Forschung hat sich bislang zu sehr auf Einzelgruppen (Immigranten, Arbeitslose, Arme, Hochrisiko- und exkludierte Gruppen) fokussiert, eine vergleichende Forschung von sozialen Ungleichheiten existiert praktisch nicht. Der Fokus auf soziale Ausgrenzung und Armut basiert auf der graduellen Vereinheitlichung von Lebensstilen (hinter der

Existential Field 8: Medien, Kommunikation und Informationstechnologien in der Europäischen Familie

Der achte Bericht eines Existential Field basiert auf vier Zentralthemen: die sich verändernde Position der Medien in europäischen Haushalten, digitale interaktive und mobile Technologien, Elternschaft, Medien, Alltag und Sozialisation, vermittelnde Beziehungen zwischen Familie (in diesem Bericht nicht eng definiert) und der breiteren Gesellschaft.

Schlüsseltrends

- Neue, Interaktive, individualisierte Medientechnologien tragen zu einem facettenreichen Medienumfeld in Europa bei. Junge Menschen leben länger zuhause, ihre Zimmer sind mit mehr Medien ausgestattet
- Kinder nutzen verstärkt das Internet, auch die 6-11-jährigen nutzen es verstärkt.
- Bildungssysteme in ganz Europa, von Schule bis zur Universität, werden immer mehr von medienweiteren Klassenzimmer abhängig.
- Gesundheit, Alterungsunterstützung und andere Fürsorge- und Unterstützungsdienstleistungen werden zunehmend von neuen Technologien abhängig, insbesondere auch zuhause.
- Medienkonsum schafft weiterhin Momente des Zusammenseins, trotz der von Medien unterstützten Individualisierung, insbesondere für Diasporafamilien und intergenerationelle Kommunikation.
- Recht geringer Unterschied in der Mediennutzung von Jungen und Mädchen. Sozioökonomische Unterschiede sind weiterhin von Bedeutung.

Für Deutschland jedoch zeigt sich - wie für Flandern und Schweden -, dass alle Kinder neue Medien in ihr alltägliches Medienmenü übernehmen und, dass Jun-

gen häufiger einen Fernseher und Aufnahmegerät in ihrem Zimmer haben als Mädchen.

Forschung sollte besser Familienfachliteratur mit Soziologie sowie Medien- und Kommunikationsliteratur verbinden, zudem ist mehr internationale komparative Forschung notwendig. Wenig ist über den Medienkonsum aller Bevölkerungsgruppen, vor allem alter Menschen, bekannt.

Soziale Trends formen den Medienkontext von Familien und sind bei einer Analyse von Familien und Medien mit zu beachten:

- Verlängerte Jugend
- „Ältere werden jünger“
- Das „Besondere Kind“ - da es weniger Kinder in Familien gibt, kann mehr für diese ausgegeben werden
- Drinnen/ Draußen: Da die Welt außerhalb der Hauses als gefährlicher betrachtet wird (bes. GB, USA), gibt es eine Tendenz, die Häuser stärker mit Freizeitgeräten auszustatten.
- Informelles Lernen
- Lebenslanges Lernen
- Verlängerte und rekonstruierte Familien
- Individualisierung: Verschiebung hin zu einem verbraucherorientierten Modell bzgl. Information, Governance etc.

Schlüsselergebnisse in Bezug auf die sich verändernde Position von Medien im europäischen Heim

- Die Forschung zeigt viele Funktionen von Medien im Haushalt: ein gemeinsamer Fokus für Freizeit

und Konversation, Zurverfügungstellung symbolischer Ressourcen für Familienmythen und Narrative, Regulierung der Familienzeiten, Mittel zur Trennung, aber auch zur Vereinigung von Familiensubsystemen innerhalb oder jenseits des Zuhauses.

- Überall ist eine Spannung zwischen zwei Trends zu verzeichnen: Einerseits werden Medien weiterhin mit anderen Familienmitgliedern geteilt und für Gemeinsamkeiten, Diskussionen und Werten genutzt, andererseits jedoch werden Medien und ihre Nutzung zunehmend personalisiert und in privaten Räumen genutzt. Dies wird begleitet von einer medienstarken Kinderzimmer-Kultur.
- Der langfristige Trend ist jedoch nicht die Kollektivität um die Medien, sondern eher eine Individualisierung innerhalb des Zuhauses und auch innerhalb von Gemeinschaften. Dies wird auch durch die im Kaufpreis zunehmend günstiger werdenden und die zunehmende Personalisierung von zuvor gemeinschaftlichen Gütern angeregt. Besondere Bedeutung für junge und ältere Menschen besitzt das Telefon, für an das Haus gebundene Personen der Fernseher. Das Telefon besitzt eine besondere Bedeutung für Eltern generell und insbesondere für Eltern, die wieder zur Arbeit zurückkehren.
- Für Eltern bringen Medien hohe Herausforderungen in Bezug auf Werte, Kompetenzen und Autorität mit sich. Elterliche Bildung und Einkommen spielen eine große Rolle. Insbesondere Eltern, die beide berufstätig sind, aber auch Alleinerziehende, statten ihre Kinder besonders gut mit Medien aus. In Mehrkinderfamilien ist eher der Haushalt als die einzelnen Familienmitglieder mit Medien ausgestattet. Daraus folgt eine stärkere gemeinschaftliche Nutzung von Medien. Aber: Bei niedrigen Einkommen haben Kinder öfter einen Fernseher in ihrem Zimmer, bei hohem Einkommen ist dies seltener der Fall.
- Für Kinder und junge Menschen werden die Risiken des Internets und potentielle Verletzlichkeiten von der Forschung betrachtet. Es gibt viele Forschungen zu Kindern und Internet in Deutschland, GB und Dänemark. Vor allem in GB und Dänemark gibt es eine starke „Screen Entertainmentkultur“. In Span-

en dagegen dominiert die familienorientierte Kultur, sodass Kinder am wenigsten Zeit in ihren Kinderzimmern mit TV-Konsum verbringen. In Schweden und Finnland sind Kinder viel mit Gleichaltrigen unterwegs.

- Die Nutzung des Internets in Haushalten variiert in Europa beträchtlich - von 25% in Bulgarien zu 86% in den Niederlanden.

Die Nutzung des Internets in Haushalten in Deutschland liegt bei 75% (2008).

- Geschlechterunterschiede fallen unterschiedlich aus. Jüngere Nutzer verwenden eher 2.0-Dienstleistungen auf ihren Telefonen als ältere. Männer suchen eher nach Nachrichten und Informationen, Musik und Spiele werden genauso oft von Frauen genutzt.
- Mobiltelefone werden verstärkt genutzt. Integrierte Zusatzanwendungen wie Kamera, Internet etc. veranlassen Besorgnis in Bezug darauf, was Kinder mit ihnen machen (können).

Schlüsselergebnisse in Bezug auf digitale und interaktive Medientechnologien

- 75% der europäischen Kinder nutzen das Internet. Das entspricht auch genau der deutschen Quote.
- Je stärker die Eltern das Internet nutzen, desto mehr tun die Kinder es auch.
- Die Herausgabe persönlicher Daten ist das risikoreichste Verhalten von etwa der Hälfte der Teenager. Dies geschieht eher zuhause (bzw. die Eltern können das Internet-Verhalten der Kinder in der Schule nicht einschätzen).
- Je älter die Kinder werden, desto besser sind ihre Internet-Nutzungskennnisse.

Kinder aus Deutschland gelten als kompetent im Umgang mit Online-Risiken (z.B. treffen sie relativ wenig

sexuelle Kommentierungen/Cyber-bullying im Internet).

Ähnlich kompetent sind Kinder aus GB, Dänemark und Zypern.

Kinder in Deutschland und anderen Staaten (Österreich, Frankreich, Portugal und Bulgarien) reduzieren ihre Online-Risiken, je mehr ihre Internetnutzung durch die Eltern zeitlich limitiert wird.

- Paradoxerweise führt in anderen Staaten eine zeitliche Limitierung zu höheren Online-Risiken für Kinder (so Dänemark, Nordische Staaten)
- Die ökonomischen und Bildungsressourcen der Familie finden ihre Entsprechung in der digitalen Umgebung der Familien. Um Ungleichheiten in der Gesellschaft zu beseitigen, muss dieser Kreis für benachteiligte Familien unterbrochen werden, so dass der Zugang zu Dienstleistungen, sozialen Beziehungen, Bildung und Informationen nicht durch kulturellen, sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund limitiert wird. Gerade Eltern tendieren dazu, ihr Zuhause mit Medien auszustatten.

Schlüsselergebnisse in Bezug auf Elternschaft, Medien, Alltagsleben, Sozialisation

- Ein zunehmender Gebrauch von IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie) könnte verändern, wen wir treffen und mit wem wir intime Beziehungen unterhalten.
- Traditionell haben Babys und Kleinkinder wenig mit Medien zu tun. Im Grundschulalter nimmt dies nur leicht zu, erst in den Teenager-Jahren verstärkt sich dies. In ihrer späten Teenagerzeit und zu Beginn ihrer Zwanziger (Lebens-)Jahre sind die Europäer mit einer breiten Spannweite an Information, Kommunikation und Kenntnisanforderungen involviert.
- Die Literatur über Medien und Sozialisation weist auf (moderate) Effekte der Medien auf Haltungen

und Einstellungen sowie – dies ist strittig – auf Verhaltensweisen hin.

- Die Familienrezeption von Medien, Werte- und Geschmacksfragen und der gemeinsame Konsum haben einen starken Einfluss darauf, was von den Kindern als beleidigend betrachtet wird. Kinder übernehmen zu Schimpfworten, Sex und Gewalt die Urteile der Erwachsenen. Zusätzlich wird ihnen eine vermeintliche Erwachsenenzukunft auch via TV, Spielshows und Seifenopern etc. gezeigt.

In Studien über Familie, Medien und Diaspora taucht Familie eher als Hintergrund auf, weniger als eine wichtige analytische Einheit.

- Forschungen über Diaspora-Medien zeigen einen intergenerationellen Konflikt: gemeinsames (Diaspora-)Fernsehen und die damit verbundenen Kommunikation ist ein wichtiges Element des Zusammenhaltes. Jüngere Diasporamitglieder tendieren jedoch zu einem individuelleren Mediengebrauch, oft mit vielen kulturellen und linguistischen Zonen.
- Obwohl produktive Medientechnologien Möglichkeiten zur Entwicklung von (weiblicher) Identität offerieren, insofern sie auch Mädchen unterstützen können, für sich einzutreten und hetero-normative Ideale aufzubrechen, so sind kulturelle Mädchenaktivitäten doch zugleich in breitere kommerzielle und gesellschaftliche Strukturen eingebunden.
- Elterliche Vermittlungsaktivitäten für Kinder im Internet können als aktive oder auch instruktive Vermittlung eingeordnet werden. Dennoch ist generell im Bereich Internet eine Regulierungslücke zu verzeichnen (im Gegensatz zum Fernsehen.) Hier sind oft die fehlenden Internetkenntnisse der Eltern die Ursache.

Schlüsselergebnisse in Bezug auf Medien und breitere Gesellschaft

- Integrierte Politiken, um einen gesunden Alterungsprozess zu unterstützen, sind nun EU-weit ei-

ne Priorität. Das Vorantreiben von eHealth-Initiativen ist jedoch ungleich in der EU verteilt.

Deutschland liegt nach Dänemark (62%) und Norwegen (59%), mit 49% mit der Nutzung solcher internet-basierten gesundheitlicher Informationen an dritter Stelle.

- Die Nutzung von IKT im Bereich Bildung und Lernen in der Schule und auch zuhause setzt Kenntnisse voraus. Gerade für Eltern, die das Lernen ihrer Kinder zuhause begleiten, ist dies eine Herausforderung (Zeit, Raum, Wissen, Geld).
- Teilhabe wird gestaltet: Alter, Geschlecht, soziale Stellung machen Unterschiede aus: Mädchen, ältere und Mittelklasse-Teenager interessieren sich nach einer Studie in GB für eine größere Bandbreite an zivilgesellschaftlichen und politischen Internetseiten als andere Kinder und Jugendliche. Neue Technologien, so zeigen andere Studien, werden primär von jenen genutzt, die bereits gesellschaftlich engagiert sind. Die neuen Technologien mobilisieren also nur wenige neue Teilnehmer/innen zu neuen zivilgesellschaftlichen oder politischen Aktivitäten. Daher zeigen Experimente im Bereich eGovernance noch keine positiven Resultate.

- Die Forschung konzentriert sich stark auf den Konsum digitaler Medien (insbesondere junger Menschen), jedoch wird die Medienumgebung als Ganzes (Hörfunk, online, Presse etc.) zu wenig beachtet, um breitere Muster des Medienkonsums in Familie zu enthüllen.

Forschungsempfehlungen:

- Verbindung von Familienforschung mit Soziologie und Medien- und Kommunikationsliteratur
- Mehr komparative, länderübergreifende Forschung
- Medienkonsum älterer Menschen ist kaum bekannt
- Wenige Forscher unterscheiden zwischen den Altersgruppen der Kinder/Jugendlichen, trotz vieler Untersuchungen ihres Medienkonsums.
- Forschungen arbeiten kaum mit der Analyse der sozialen Klasse, der Ethnie, der kulturellen Unterschiede in Bezug auf Medienkenntnisse, Bildung und zivilgesellschaftliche Teilhabe

Einige abschließende Überlegungen

Forschungsstandserhebungen eignen sich nur sehr bedingt, um Schlussfolgerungen über Politik zu ziehen. Dennoch geben sie Hinweise, welche Felder politisch als wichtig und brisant wahrgenommen werden, und mit welchen Einstufungen und auch Wertungen Forschungen generiert und weiter betrieben werden.

Die Forschungsinteressen (bzw. die Forschungslücken) zeigen deutlich, dass es im komparativen Wissenschaftsraum zweierlei Primärinteressen in Bezug auf Familien bzw. deren Leistungsfähigkeit gibt: Ökonomisches Wachstum/ resp. Stabilitäts- und Fürsorgeleistungen. Alle weiteren Bereiche hängen mit diesen zusammen und können als sekundär eingestuft werden.

Deutschland ist ein in komparativen Studien oft - wenn auch nicht immer - einbezogener Staat, so dass sich einige Überlegungen zur wissenschaftlichen Berücksichtigung, aber auch der Bewertung Deutschlands im Wissenschaftsraum aufstellen lassen.

Im komparativen Vergleich der Existential Fields lässt sich Deutschland familienpolitisch in der Tat nicht nur geographisch sondern auch familienpolitisch „in der Mitte“ Europas verorten. Deutschland ist politisch recht stabil in Bezug auf die Unterstützung der klassischen, die Mehrheit stellenden, ehebezogenen Familienstruktur ausgerichtet. Andere Familienformen werden deutlich weniger unterstützt, ungeachtet ihres wachsenden Anteils bzw. regional unterschiedlicher Verteilungen, welche vor allem in den östlichen Bundesländern zutage treten. Eine verstärkte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben wird vom Staat zwar unterstützt, zugleich fehlen hierfür verbesserte Betreuungsinfrastrukturen und steuerliche Anreize. Veränderungen sind im Gange, die Stoßrichtungen der Politiken sind jedoch ambivalent.

Es fällt auf, dass Deutschland flächendeckend über gute Bildungsinfrastrukturen verfügt, diese aber gerade auch im Familien- und Fürsorgedienstleistungsbe- reich nicht ausgeschöpft werden. Ähnlich verhält es

sich mit den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes und Fortbildungen in diesem Sektor.

Soziale Ungleichheit ist in Deutschland signifikant, wird im Bildungsbereich bei Kindern vertieft, und beginnt, wie in anderen EU-Staaten auch, sich verstärkt im Wohnumfeld auszudrücken.

Deutschland liegt in Bezug auf Medienausstattung, Schulmittel, Wohnbedingungen für Familien im oberen Bereich der EU-Staaten und bietet insofern keine schlechten Bedingungen für Familien. Aber das scheint nicht auszureichen: Deutschland taucht im Forschungsstand der Existential Fields als das Land auf, in dem die meisten jungen Frauen unter 34 Jahren eine Partnerschaft ohne Kinder bevorzugen.

Auch weitere Themen wie die weibliche Migration, die Pflege von älteren Menschen, das Leben mit behinderten Kindern und Erwachsenen zeigen sich als Felder einer Familienpolitik, der die Forschung weitere Informationen zur Verfügung stellen sollte, so dass - vor allem zusätzlich auf lokaler Ebene - politische Maßnahmen betrieben und umgesetzt werden können. Viele Diskurse werden gesellschaftlich kaum geführt, auch wenn sie für den Bereich der Familienpolitik sehr wichtig wären.

